

GIM | RELEVANCE COUNTS.

# Wirtschaft und Finanzen

Ergebnisbericht einer qualitativen Studie

Oktober 2024

Für: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung



GIM | RELEVANCE COUNTS.



Presse- und Informationsamt  
der Bundesregierung

› **Hintergrund und Methode**

Zusammenfassung der Studie

Wirtschaftliche Lage und Wirtschaftspolitik

Finanzen, Ausgaben und Sparmaßnahmen

Steuern und mögliche Steuerreformen

### Hintergrund der Studie

Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung hält die wirtschaftlichen Herausforderungen in Deutschland aktuell für größer als in den letzten zehn Jahren (82 %) und wünscht sich, dass die Bundesregierung mehr tut, um diese Herausforderungen zu bewältigen (75 %) (Forsa für BPA, April 2024). Welche Erwartungen die Bevölkerung in diesem Zusammenhang konkret an die Bundesregierung hat, ist jedoch offen. Gleichzeitig zeigt die aktuelle Debatte um den Bundeshaushalt, dass eine Priorisierung von Staatsausgaben notwendig ist.

Vor diesem Hintergrund wurde eine qualitative Studie durchgeführt, die sich mit folgenden Themen beschäftigt hat:

- Wahrnehmung der aktuellen wirtschaftlichen Lage in Deutschland
- Wahrnehmung der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung
- Wahrnehmung der Staatsfinanzen
- Bewertung und Betroffenheit aktueller Sparmaßnahmen
- Bewertung des aktuellen Steuersystems und der Steuergerechtigkeit
- Bewertung umgesetzter und möglicher Reformen des Steuersystems
- Bewertung der Ausgaben für bestimmte Bereiche
- Bewertung aktueller Zukunftsinvestitionen sowie Wünsche für die künftige Verwendung der Mittel des Bundeshaushalts

## Methodisches Vorgehen

### **Studiendesign**

Es wurde ein qualitativer Ansatz mit Gruppendiskussionen gewählt, um eine interaktive Diskussion der Themen zu ermöglichen

### **Sample**

- 8 Gruppendiskussionen mit je 8 Befragten zu je 120 Minuten
- 2 Gruppendiskussionen pro Erhebungsort

### **Erhebungszeitraum**

- Die Gruppendiskussionen wurden vom 24. bis 27. September 2024 durchgeführt.

### **Erhebungsorte**

Die Erhebungsorte waren Frankfurt, Bochum, Erfurt und Leipzig. Die Auswahl ermöglichte es, relevante Einflussgrößen zu berücksichtigen, insbesondere die Unterschiede bei der regionalen Wirtschaftsstärke.

## Zielgruppenauswahl: Sample-Kriterien

### Quotenmerkmale für die acht Gruppendiskussionen

- **Split nach Alter:**
  - Jüngere Befragte: 18-bis 43-Jährige (4 Gruppen)
  - Ältere Befragte: 44 und älter (4 Gruppen)
- **Split nach Bildungsgrad:**
  - Höhere Bildung (4 Gruppen)
  - Niedrigere / mittlere Bildung (4 Gruppen)
- **Pro Gruppe:**
  - Geschlecht: 50% weiblich und 50% männlich
  - Guter Mix Familienstand
  - Guter Mix Einkommen
  - Guter Mix zwischen städtischer und ländlicher Umgebung: direktes Stadtgebiet der Erhebungsorte und das Umland
  - Guter Mix Migrationshintergrund pro Gruppe (1-2 Personen mit direktem Migrationshintergrund oder in zweiter Generation)
  - Guter Mix Interesse an Politik
  - Guter Mix Vertrauen in die Bundesregierung

# **Wie dieser Bericht zu lesen ist: Abkürzungsverzeichnis und allgemeine Hinweise**

### **Lesart der Gewichtungen von Nennungen**

- Aussagen oder Aspekte, die von etwas weniger als der Hälfte der Befragten erwähnt wurden, sind mit folgender Kennzeichnung versehen: [teils]
- Aussagen oder Aspekte, die von n = 1-2 Befragten erwähnt wurden (Einzelmeinungen), die aber dennoch relevante Aspekte beleuchten, sind mit folgender Kennzeichnung versehen: [selten]
- Aussagen oder Aspekte, die von ‚jüngeren‘ Personen (entsprechend der Zielgruppendefinition: 18-bis 43-Jährige) genannt wurden, sind mit folgender Kennzeichnung versehen: [J]
- Aussagen oder Aspekte, die von ‚älteren‘ Personen (entsprechend der Zielgruppendefinition: 44-Jährige und älter ) genannt wurden, sind mit folgender Kennzeichnung versehen: [A]
- Aussagen oder Aspekte, die von Personen mit höherer Bildung (entsprechend der Zielgruppendefinition: Abitur und höher) genannt wurden, sind mit folgender Kennzeichnung versehen: [H]
- Aussagen oder Aspekte, die von Personen mit niedriger Bildung (entsprechend der Zielgruppendefinition: Mittlere Reife oder geringer) genannt wurden, sind mit folgender Kennzeichnung versehen: [N]
- Aussagen oder Aspekte, die von Personen aus den alten (westdeutschen) Bundesländern (entsprechend der Zielgruppendefinition: Frankfurt und Bochum ) genannt wurden, sind mit folgender Kennzeichnung versehen: [West/W]
- Aussagen oder Aspekte, die von Personen aus den neuen (ostdeutschen) Bundesländern (entsprechend der Zielgruppendefinition: Leipzig, Erfurt) genannt wurden, sind mit folgender Kennzeichnung versehen: [Ost/O]

### **Sonstige Hinweise**

- Zitate sind kursiv und in Anführungszeichen gesetzt

Hintergrund und Methode

➤ **Zusammenfassung der Studie**

Wirtschaftliche Lage und Wirtschaftspolitik

Finanzen, Ausgaben und Sparmaßnahmen

Steuern und mögliche Steuerreformen

## Wahrnehmung: Wirtschaftliche Lage und Wirtschaftspolitik der Regierung

### Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage

- Insgesamt wird die **wirtschaftliche Lage Deutschlands überwiegend negativ gesehen**. Auch wenn zugestanden wird, dass Deutschland im internationalen Vergleich eine starke Wirtschaftsnation in der Europäischen Union ist, so rufen eine **Vielzahl persönlicher Erfahrungen und Alltagsbeobachtungen** negative Eindrücke hervor: Inflation, erodierende Infrastruktur, Unternehmensschließungen, Freisetzung von Angestellten bei gleichzeitigem Fachkräftemangel, aber auch (medial verstärkte) emotionale Faktoren wie Zukunftspessimismus **prägen das Bild einer Volkswirtschaft unter Anspannung**.
- **Ursachen** für die wahrgenommene Verschlechterung der Wirtschaft **werden als vielfältig beschrieben**: Zum einen trage die **Politik** hierfür Verantwortung – sowohl in Form **langjähriger Versäumnisse** (v.a. im Bereich Infrastruktur oder Bürokratie) als auch durch **neuere Entwicklungen** (z.B. Energiepreise, innere Sicherheit oder Integration) und aufgrund spezifischer wirtschaftspolitischer Defizite der aktuellen Regierung (siehe unten). Zum anderen werden aber auch herausfordernde Entwicklungen im Feld der Wirtschaft selbst wahrgenommen. Hier werden v.a. **zunehmende Konkurrenz und Abhängigkeiten durch die Globalisierung**, steigende Energie- und Rohstoffkosten, aber auch emotionale Faktoren wie ungünstige Arbeitsbedingungen oder fehlender Investitions-/Innovationswille und Unternehmensgeist gesehen. Schließlich verstärken **gesellschaftliche Veränderungen, insbesondere die demografische Alterung**, wirtschaftliche Probleme wie z.B. den Fachkräftemangel.

### Wahrnehmung der Wirtschaftspolitik der aktuellen Bundesregierung

- Die Wirtschaftspolitik der gegenwärtigen Bundesregierung wird, insbesondere im Vergleich zu früheren Regierungen, **überwiegend negativ beurteilt**. Besonders hervorzuheben sind die bestehenden Uneinigkeiten und Konflikte zwischen den Koalitionsparteien, ein von den Befragten empfundenes Defizit an Fachkompetenz sowie eine Neigung zu ideologischen anstelle von pragmatischen Handlungsansätzen. In diesem Kontext wird besonders die Debatte um das Heizungsgesetz und die Wärmepumpenregelung als signifikantes Beispiel für die negativ wahrgenommene Ausrichtung der aktuellen Regierung hervorgehoben.
- Zugestanden wird der Regierung ein **Bemühen zur Reformierung langjähriger infrastruktureller Versäumnisse** sowie ein Anstreben höherer Transparenz und Dialogbereitschaft.
- **Konkrete wirtschaftspolitische Maßnahmen der Bundesregierung sind oftmals nicht bekannt** oder werden mit anderen nicht-wirtschaftspolitischen Vorhaben oder Initiativen von vorigen Regierungen vermengt. Wenn überhaupt, dann wird v.a. auf medial **kontrovers diskutierte Themen wie Bürgergeld, Beteiligung an Unternehmen oder energiepolitische Maßnahmen** (Ausbau erneuerbarer Energien, Atomausstieg, Heizungsgesetz, Aus für Verbrennungsmotoren) in einem ähnlich kontroversen Tenor rekuriert. Positiv werden zumindest vereinzelt **Initiativen zur Ansiedlung ausländischer Unternehmen** (z.B. Intel, Tesla) genannt. Wobei auch hier eine langfristige und nachhaltige Perspektive in Kombination mit mehr Weitblick gewünscht ist.
- Als **Wünsche** für eine künftige Wirtschaftspolitik werden v.a. eine **größere Einigkeit der Koalitionspartner, ein stärkerer Fokus auf heimische Interessen sowie eine Stärkung systemrelevanter Bereiche wie Bildung, Gesundheit und Infrastruktur** genannt. Entsprechend wird oft eine Minderung bzw. Einfrierung von als unproduktiv betrachteten Ausgaben für Entwicklungshilfe und z.T. auch Bürgergeld gefordert.



## Die Wahrnehmung der Staatsfinanzen, des Ausgabeverhaltens und der Schuldenbremse ist recht differenziert und hängt vom konkreten Einzelfall ab.

### Finanzen, Ausgaben und Sparmaßnahmen

- Die Wahrnehmung der Staatsfinanzen ist maßgeblich durch **hohe und steigende Staatsverschuldung** sowie eine aus Sicht der Befragten **Fehlallokation von Mitteln** (insbesondere für Entwicklungshilfe inkl. anderer Ausgaben/ Investitionen ins Ausland, Verwaltung und Bürgergeld) geprägt, die das eigentlich starke finanzielle Fundament Deutschlands unterminieren.
- Je nach Region wird allerdings **zwischen dem Zustand der öffentlichen Finanzen in Kommune, Land und Bund unterschieden**: In wohlhabenderen Gemeinden manifestiert sich eine **solide Haushaltsführung in kostengünstiger und gut ausgebauter kommunaler Infrastruktur**, z.B. Kureinrichtungen, Schulen, Kinderbetreuung, während in weniger wohlhabenden Gemeinden sich die negative Lage des Bundes auf kommunaler Ebene spiegelt, z.B. durch kommunale Sonderabgaben oder marode Infrastruktur.
- Öffentliche Verschuldung und in diesem Kontext auch die **Schuldenbremse** (oft nicht im Detail, sondern eher im Sinne einer gewissen finanziellen Disziplinierung bekannt) werden differenziert **betrachtet**: Es herrscht in Analogie zu Privathaushalten zwar die Auffassung, dass eine uferlose Verschuldung zu vermeiden ist (insbesondere angesichts der Verantwortung für kommende Generationen), aber dass **ein striktes Festhalten an Schuldenobergrenzen gerade in Zeiten wirtschaftlicher Schwäche und erforderlichem Investitions-, Modernisierungs- und Sanierungsbedarf kontraproduktiv ist und höhere Schulden so zu rechtfertigen sind**. Überwiegend Einigkeit besteht darüber, dass Schulden aus Sicht der Befragten nicht für unangemessene Ausgaben aufzuwenden sind. Hierunter fallen v.a. Investitionen ins Ausland (auch Entwicklungshilfe), Verwaltungen und Bürgergeld (-erhöhungen). Steuererhöhungen als Finanzierungsquelle werden überwiegend abgelehnt. Eine Überprüfung und gegebenenfalls **Anpassung der Mittelallokation** wird als sinnvoller erachtet. Es besteht zudem der Wunsch, dass alle Bevölkerungsgruppen und Unternehmen (auch Großkonzerne) verhältnismäßig in das Steuersystem eingebunden werden sollten, um zusätzliche Mittel für relevante Bereiche zu generieren, anstatt Steuererhöhungen vorzunehmen, die aus Sicht der Befragten eine ungleiche Belastung bestimmter Teile der Gesellschaft nach sich ziehen könnten.
- Potenzial für **Sparmaßnahmen** wird entsprechend v.a. in den Bereichen **Auslandshilfe, Verwaltung, Bürgergeld und Flüchtlingsunterstützung** gesehen: Diese Ausgaben werden eher als wenig produktiv betrachtet und entziehen aus Sicht vieler Befragten Mittel für wichtigere Vorhaben, die sogar noch stärker gefördert werden sollten. Diese sind v.a. **Infrastruktur, moderne Technologiebranche, Gesundheit / Pflege, Bildung, Kinderbetreuung und innere Sicherheit / Prävention**. Hier wird zudem in der Regel argumentiert, dass Ausgaben in diesen Bereichen **der gesamten Gesellschaft mittel- bis langfristig nützen**, da sie Investitionen in Wirtschaftswachstum und sozialen Zusammenhalt darstellen. Ein pauschales Nullsummendenden kann also nicht konstatiert werden. Mehrausgaben für Verteidigung polarisieren – insbesondere je nach individueller politischer Haltung zum Ukraine-Krieg.

## Steuern werden als zu komplex, teilweise als übermäßig belastend und ungerecht wahrgenommen. Hinsichtlich aktueller und geplanter Reformen besteht weitestgehend Unkenntnis.

### Steuern und mögliche Steuerreformen

- Das aktuelle Steuersystem wird **überwiegend als zu komplex, wenig transparent bzw. unverständlich und zum Teil auch als belastend und wenig gerecht** empfunden. Dennoch wird der grundlegende Sinn von Steuern nicht infrage gestellt. Es ist nachvollziehbar, dass Steuern zur Finanzierung öffentlicher Güter beitragen, auch wenn der wahrgenommene Gegenwert zunehmend als unausgewogen erachtet wird.
- Die **mangelnde Verständlichkeit** wird aus Befragtersicht insbesondere durch **häufige Änderungen des Steuerrechts und durch als umfangreich wahrgenommene Detailregelungen** hervorgerufen. **Außerdem fehlt es an freier Zeit zum Wissenserwerb in diesem Bereich.** Aus dieser tendenziellen Überforderung ergibt sich eine **geminderte Aufmerksamkeit gegenüber Steuerthemen.** So wurde die Debatte um den Bundeshaushalt 2025 nur am Rande verfolgt und **aktuelle steuerliche Änderungen z.B. zum Abbau der kalten Progression, steuerliche Verbesserungen der Mini- und Midi-Jobs oder der Reform der Steuerklassen III und V wurden z.T. kaum oder falsch** – letztgenanntes Thema oftmals in einer negativen Beurteilung (kein sichtlicher Mehrwert, Bevormundung von Frauen) – **erinnert.**
- Gefühle der **Ungerechtigkeit und Belastung** durch das Steuersystem ergeben sich aus einer Reihe von Faktoren: Zum einen werden **neben (Einkommens-)Steuern auch Sozialabgaben** betrachtet, die v.a. für Personen mit niedrigem Verdienst als übermäßig hoch empfunden werden und so den Wert von Erwerbsarbeit im Vergleich zu Bürgergeld mindern. Als belastend gelten auch **Mehrfachbesteuerungen**, zum Beispiel wenn manche Produkte wie Kraftstoff mehreren Steuerarten unterliegen oder z.B. Renten, Kapitaleinkünfte oder Erbschaften, die aus bereits versteuerten Erwerbsarbeit gebildet wurden, erneut besteuert werden.
- Zwar ist generell bekannt, dass sich die Höhe der Einkommenssteuer an der Höhe des Einkommens orientiert und somit eine **gewisse Steuergerechtigkeit systemisch angelegt** ist, doch scheinen größere Unternehmen verglichen mit kleineren, eher Möglichkeiten zu haben, ihre Steuerlast zu senken. Auch scheint bei Privatpersonen der Spitzensteuersatz tendenziell zu früh zu greifen.
- Eine **höhere Besteuerung von Einkommen, aber auch von Erbschaften und Vermögen polarisiert**: Bei einer höheren Besteuerung von Einkommen wird oft ein Abwandern von Fachkräften ins Ausland (bzw. eine geringere Attraktivität Deutschlands für ausländische Spitzenkräfte) befürchtet, was somit dem **Gedanken der Belohnung eigener Leistung abträglich** ist. Bei der Erbschaftssteuer schwingen, z.T. aus Unkenntnis bzgl. der Freibeträge, **Ängste vor starker Belastung bzw. Zwang zum Verkauf des Erbes** – insbesondere vererbter Immobilien – mit. Bei der Vermögenssteuer ist ebenfalls Unkenntnis zu konstatieren (z.T. verwechselt mit Kapitalertragssteuer). Eine weitere / stärkere Besteuerung von Erbe und Vermögen gilt bei einem Teil der Befragten vor allem deshalb als ungerecht, weil dieses Kapital auf Basis bereits versteuerten Einkommens gebildet wurde. Die **Gegenmeinung** vertritt oft die Auffassung, dass **Erbschaften und Vermögen Einkünfte darstellen, die nicht auf eigener Leistung fußen** und daher (stärker) besteuert werden sollten, um auch die Schere zwischen Arm und Reich nicht noch stärker aufgehen zu lassen.



EXKURS  
**Studienübergreifende  
Erkenntnisse**

## In der vorliegenden Studie lassen sich erneut Narrative / Topoi identifizieren, die bereits in vergangenen Studien Wahrnehmungs- und Argumentationsmuster prägten

### Die Ergebnisse der aktuellen Studie knüpfen an Befunde voriger Studien für das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung an. Folgende Narrative konnten erneut identifiziert werden:

- **Multiple Krisen und Konflikte in der Welt haben einen negativen Einfluss auf Deutschland**  
*„Wir leben ja sowieso in schlimmen Zeiten, also die Jüngeren haben es sowieso nicht leicht mit den ganzen Kriegen. Die fetten Jahre sind vorbei, das ist klar.“*
- **Deutschland befindet sich im Abschwung – faktisch und emotional**  
*„Ich denke, dass die goldenen Jahre einfach vorbei sind und Deutschland sollte dringend was an seiner politischen Situation ändern und ein bisschen Aufschwung bringen, damit die Leute einfach motivierter werden.“  
„Früher war alles menschlicher, heute guckt jeder auf sich selbst.“*
- **Die aktuelle Bundesregierung trägt aus Sicht der Bevölkerung durch ausgeprägte Uneinigkeit der Koalitionsparteien und gering empfundene Fachkompetenz zur schlechten Situation Deutschlands bei. ABER vereinzelt: Generell positiv, dass der Diskurs transparent gezeigt wird**  
*„Auch die Uneinigkeit der Ampel, da hat man ja den Eindruck, die arbeiten nicht miteinander. Der eine arbeitet gegen den anderen, also diese Uneinigkeit bringt uns ja auch nicht nach vorne.“ / „Ich sehe gerade das eigentlich als etwas Positives, dass endlich mal was passiert, dass überhaupt gestritten wird, nicht hinter den verschlossenen Türen, sondern öffentlich, dass wir das auch alle mal mitkriegen und uns eigene Gedanken machen können. Ich finde gerade das zeichnet für mich die Demokratie eben aus.“*
- **Kritik an Politik bzw. der Bundesregierung wird z.T. pauschal geäußert, auch jenseits des diskutierten Forschungsthemas unter anderem fehlende Nähe zum Volk**  
*„Warum brauchen wir so viele Abgeordnete im Bundestag? Das kostet doch so viel!“ / „Die Cannabis-Legalisierung regt mich auf!“ / „Ich denke mal, wie kann ich eine Regierung ernst nehmen, die andere, die gerade am Pult sitzen, auslachen. Deswegen ist es auch so ein Ding. Da sehe ich doch genau, wenn sie schon andere Politiker auslachen, dann lachen sie uns kleine Personen doch erst recht aus.“*
- **Finanzelle Mittel werden dem Empfinden der Befragten nach falsch eingesetzt, insbesondere werden deutsche Interessen vernachlässigt v.a. Entwicklungshilfe-Projekte wie Radwege in Peru gelten als unverständlich und fehlinvestiert**  
*„Ich glaube, dass das Problem darin liegt, dass man sich zu wenig um sich selber kümmert und einfach viel zu sehr auf andere Länder fokussiert ist. Da gehen Subventionen in andere Länder, aber man sieht gar nicht, dass es im eigenen Land gar nicht so toll läuft, wie es laufen könnte.“*
- **Migration verstärkt ohnehin vorhandene Probleme im Land u.a. Wohnungsnot, Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen, Bildung**  
*„So viele Ukrainer sind nach Deutschland gekommen, die einfach so finanziell unterstützt werden. Die hatten Gutscheine, die sind in den Rewe gegangen und haben eingekauft für 500 Euro. Oder beim Arzt, bei denen wurde alles kostenlos gemacht. Und dann kommt eine Frau mit zum Beispiel wirklich einer Diagnose und die muss ihren Ultraschall selbst zahlen. Also ich fand es wirklich total ungerecht.“*
- **Starke Polarisierung innerhalb der Bevölkerung bei bestimmten Themen, v.a. Verteidigung, Unterstützung der Ukraine, Beziehung zu Russland, Bürgergeld und Energie(-wende)**  
*„Ich sage auch, dieses Bürgergeld, was eingeführt worden ist, schafft keine Arbeitsplätze, sondern es schafft nur noch mehr Faulenzer.“ vs. „Bürgergeld: Prinzipiell bin ich dafür. Ich wäre vor allem dafür, wenn wir endlich mal verschiedene Kategorien Bürgergeld machen, weil dann können wir nämlich gezielt einzelne Sachen herausgreifen, also bei Langzeitarbeitslosen aufstocken, im Alter, weil die Rente nicht reicht oder weil sie nicht mehr arbeiten können oder ausländische Mitbürger, die dann hier sind. Aber alles ist ein Topf, und wenn man etwas machen will, trifft man alle, was kompletter Nonsens ist.“*
- **(Soziale) Medien verstärken Polarisierung**  
*„Der Julian Reichelt hat früher mal in der BILD-Zeitung was mit seinem Nius veröffentlicht, da habe ich auch nur die Überschrift gelesen: 149 Klimaprojekte würden unterstützt, die gar nicht existieren. Also das sind wohl auch irgendwie Briefkastengeschäfte.“*



Hintergrund und Methode

Zusammenfassung der Studie

➤ **Wirtschaftliche Lage und Wirtschaftspolitik**

Finanzen, Ausgaben und Sparmaßnahmen

Steuern und mögliche Steuerreformen

## Die wirtschaftliche Situation gilt allgemein als angespannt, wobei ein spürbarer Mangel an Zukunftsoptimismus vorherrscht.

„Wir haben **falsche Prioritäten gesetzt**. Also von daher, die **Politik kann eigentlich nicht viel schlechter sein** als was wir im Augenblick so erleben.“

„Die **guten Zeiten sind definitiv vorbei** und ich denke, da kommt noch viel mehr auf uns zu, was durch Corona verdeckt wurde!“

„Wenn Deutschland ein Unternehmen wäre, wäre es eine **Behörde**. Die in den oberen Etagen ruhen sich auf ihrem Posten aus, wollen möglichst keine Veränderung. Die **jungen Dynamischen haben aber wenig Chancen**.“

„Guck dir die Straßen im Pott an, da weißt du, wie die wirtschaftliche Lage ist. Also **marode Bahnhöfe, Straßen**, ich weiß gar nicht, wo ich anfangen soll. Es ist **alles kaputt, dreckig, marode, Müll, abgewrackt**.“

„Miele, so ein **Traditionsunternehmen** in Deutschland, also für gute Qualität bekannt, **baut 3.000 Stellen ab**. Also wie man das dann hört, echt traurig, es **geht ziemlich bergab**.“

„Deutschland als Unternehmen wäre VW ähnlich: Also sehr dominant, viel Geschichte, haben auch **viel Know-how, leider auch viel verpennt**. Zu viel auf alte Technologien gesetzt, zu wenig das Neue umgesetzt, aber prinzipiell eher mittelprächtigt, dynamisch, erfolgsorientiert.“



### Wirtschaftliche Lage in Deutschland

## Zahlreiche alltägliche Beobachtungen und Erfahrungen vermitteln ein überwiegend negatives Bild der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage in Deutschland.

**Die wirtschaftliche Lage in Deutschland wird überwiegend als negativ wahrgenommen, mit einer tendenziell pessimistischen Aussicht auf die Zukunft. Diese negative Einschätzung basiert weniger auf volkswirtschaftlichen Daten und Kennzahlen, sondern vielmehr auf einer Vielzahl alltäglicher Erfahrungen und Beobachtungen:**

- **Preissteigerungen / Inflation**  
„Einkaufen ist richtig teuer geworden. Ich kriege wegen Kosten die Panik, wenn elektrische Geräte kaputt gehen könnten.“
- **Unternehmensschließungen / Abwanderungen von Firmen ins Ausland / Jobunsicherheit**  
„VW will ja drastisch abbauen.“ / „Hier im Ruhrgebiet ist Thyssen in der Krise.“ / „Firmen verlagern ihre Produktion ins Ausland.“
- **Marode Infrastruktur**  
„Die Bahn fährt nicht, Brücken stürzen ein, die Innenstädte sehen auch verreckt aus.“
- **Wahrnehmung: Ungenügende wirtschaftspolitische Kompetenz der Bundesregierung (Details siehe Seite 18)**  
„Mit der Ampel geht es gerade politisch in die Rezession. Wir kommen gar nicht voran, wir gehen rückwärts.“
- **Fachkräftemangel**  
„Der Fachkräftemangel zieht die Wirtschaft nahezu in jedem Bereich runter.“
- **Zunehmende Armut**  
„Es gibt immer mehr Arme, auch Leute, die ihr ganzes Leben gearbeitet haben.“
- **Genereller negativer Tenor in den Medien als Verstärker**  
„Sobald man das Radio einschaltet, ist alles nur negativ.“

**Positive Aspekte werden eher vereinzelt genannt:**

- **Prinzipiell breite unternehmerische Basis / Diversifikation von Wirtschaftszweigen**  
„Bei Deutschland denke ich an verschiedene Unternehmen, viele Branchen.“
- **Im internationalen Vergleich eher wirtschaftlich stark inkl. Sozialstaat**  
„Wir gehören immer noch zu den reichsten Ländern.“ / „Deutschland ist immer noch Exportweltmeister.“
- **Innovation und Wissenschaft noch vorhanden**  
„Forschung und Entwicklung, Patente. Das ist noch unsere einzige Chance.“

### Zitate von Befragten

„Das ganze Theater: VW, Stellenabbau, Kündigung, Werkschließung, dann hat man noch den Solarmarkt an China verloren. Ach ja, in Papenburg, die Werft, wurde ja auch vom Land übernommen. Auf dem Weg zum Sozialismus!“

„Es ist ein beängstigendes Gefühl, dass man sich nicht mehr sicher fühlt und schon ziemliche Existenzängste hat!“

„In den letzten Jahren spitzt sich die Situation drastisch zu und das bekümmert einen.“

„Zum Beispiel ich war eben bei ALDI und war erschrocken, was ich früher bezahlt habe.“

„Die Bahn hat doch die Digitalisierung zurückgestuft: Die weichen sollen per Hand statt digital umgelegt werden! Geht in jeder Beziehung rückwärts statt vorwärts.“

„Diese Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer, Kinderarmut wird immer mehr.“

„Früher hat man als Familie Zuschüsse fürs Schwimmbad bekommen, das gibt es gar nicht mehr.“

„Made in Germany spricht noch für uns.“

„Es gibt ja noch die Absicherung. Das heißt, wenn man arbeitslos ist, dass man Arbeitslosengeld kriegt und dass man für ein Jahr auch erst mal größtenteils abgesichert ist.“

„Eigentlich ist der Innovationsfaktor bei uns gegeben, Ingenieurwesen und so, aber es lagern alle mittlerweile ins Ausland aus, weil es günstiger ist, weniger Bürokratie.“

## Als Ursachen für die negative wirtschaftliche Entwicklung werden Veränderungen im Feld der Wirtschaft, aber auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen gesehen.

### Politische Versäumnisse

- Langjährige infrastrukturelle Versäumnisse (auch von Vorgängerregierungen) treten immer deutlicher hervor  
„Bahn wurde kaputtgespart und die Digitalisierung wurde verpennt.“
- Aktuelle Versäumnisse der amtierenden Regierung (*Details siehe Seite 18*)
- Bürokratie als Barriere für unternehmerische Entfaltung: Einschränkung des Unternehmergeistes und der Innovationskraft
- Mangelnde innere Sicherheit mindert Optimismus und Konsumlaune [eher West, teils]  
„Nachts gehe ich gar nicht mehr raus, viel zu gefährlich. Da gebe ich dann auch kein Geld mehr aus fürs Kino oder so.“
- Unzureichende Integration verstärkt Fachkräfteproblem und führt zu Bedenken hinsichtlich zusätzlicher Kosten [eher West, teils]  
„Was jetzt bei der Integration verpennt wird, führt später zu riesigen Kosten bei Sozialhilfe, Kriminalität etc.“

### Veränderungen im Feld der Wirtschaft

- Zunehmende Globalisierung verstärkt Konkurrenz und Abhängigkeiten [H]  
„Wenn irgendwo was schiefläuft, hat das direkt Auswirkungen auf mehrere Länder. Wenn die Huthis die Schiffe überfallen, dann stehen bei VW die Bänder still.“ / „Jeder will billig kaufen, geht zu Amazon. Ist dann ja klar, dass die Läden vor Ort dann zu machen.“
- Steigende Energiekosten und Rohstoffpreise als Herausforderung [H]
- Fachkräftemangel behindert Wirtschaftswachstum
- Mangelnde Wertschätzung der Angestellten durch Arbeitgebende in Unternehmen: Profit steht zu sehr im Fokus  
„Die handeln nur in ihrem Interesse. Die gucken, dass sie vielleicht subventioniert werden oder dass sie Steuerersparnis kriegen oder so. Das geben sie aber nicht an ihre Mitarbeiter weiter.“
- Mangelnder Investitionswille aufgrund unklarer Rahmendbedingungen / Unsicherheit  
„Wenn die Regierung so uneins ist, warten Unternehmen erst mal ab.“

### Gesellschaftliche Veränderungen

- Demografische Veränderungen, Fachkräftemangel besonders verstärkt durch älter werdende Gesellschaft
- Mangelnder Arbeitswille durch Fehlanreize oder mangelnde Zukunftsperspektive  
„Dieses Bürgergeld, was eingeführt worden ist, schafft keine Arbeitsplätze, sondern es schafft nur noch mehr Faulenzer.“

### Zitate von Befragten

„Der Ruhrpott ist sehr heruntergekommen. Da fehlt die Infrastruktur. Das ganze Geld ist in den Osten und der Westen ist in Vergessenheit geraten!“

„Jeder will so schnell wie möglich, so einfach wie möglich, aber auch so billig wie möglich. Also muss ich doch die billigsten Arbeitskräfte in einer anderen Welt bezahlen wie in China oder Kambodscha oder sonst irgendwo und hier gehen halt Arbeitsplätze verloren.“

„Es gibt viele Branchen, die in Deutschland immer gut waren, z.B. Solarindustrie, durch Deutschland maßgeblich geprägt, schön subventioniert und danach outgesourct.“

„Dann gibt es jetzt einen ganz großen Fachkräftemangel, es gibt Krieg in Europa, es steht eigentlich gerade eine Digitalisierung an und trotzdem halten Politiker an sowas wie einer Schuldenbremse fest, was ich wirklich absolut nicht nachvollziehen kann. So große Herausforderungen gab es vielleicht zuletzt nach dem Zweiten Weltkrieg.“

„Das ist der demografische Wandel, die Überalterung. Das war damals mit Sicherheit eine andere Zeit. Heute muss ich mir zweimal überlegen, ob ich ein Kind kriege. Weil ich ausfalle, setze ich meiner Karriere einen Stein in den Weg. Und diese Angst, diese Vorsicht, die hält sich in der Bevölkerung.“

„Ich würde auch sagen, dass es eher so gleichgeblieben ist wie früher. Nur jetzt dadurch, dass man mehr am Handy ist, kriegt man mehr mit, was so passiert.“



## Wirtschaft und Politik werden als eng miteinander verwoben wahrgenommen, wobei die Annahme besteht, dass größere Unternehmen einen stärkeren Einfluss ausüben als kleinere.

- Staat und Wirtschaft stehen im regelmäßigen Austausch  
*„Das ist schon ein enges Verhältnis. Es gibt ja z.B. einen Autogipfel. Man achtet schon sehr auf die Interessen der Unternehmen.“*
- Prinzipiell nachvollziehbar, dass Politik sich um wirtschaftliche Belange kümmert, sollte aber nicht zu sehr eingreifen  
*„Komplett raushalten wäre ja auch nicht gut, wenn es z.B. um Arbeitsplätze geht.“ / „Wir haben doch kaum noch reale Preise, alles wird subventioniert.“*
- Aus Sicht der Befragten ergibt sich ein Ungleichgewicht bei der politischen Aufmerksamkeit gegenüber bestimmten Gruppen:



Große Unternehmen scheinen bevorzugt zu werden –  
Stichwort: Lobbyismus

*„Die großen Unternehmen, wenn da jetzt wieder einer Pleite geht, da klopfen die gerne an und sagen, wir brauchen Geld.“*



Kleinere Unternehmen und soziale Institutionen haben weniger Einfluss, scheinen teils durch Politik nicht wahrgenommen oder behindert zu werden

*„So ein kleiner Betrieb muss innerhalb von zwei Tagen eine Corona-Prämie zurückzahlen. Wie soll das gehen?“ / „Es geht nach Profit. Wo mehr Profit zu holen ist, wird enger zusammengearbeitet als in den sozialen Berufen, Kitas.“*



Ökonomische Bedürfnisse von Bürgern und Bürgerinnen werden weniger stark berücksichtigt

*„Die Politiker sitzen da und gehen nicht mit den Leuten. Die entscheiden das aus dem eigenen Büro und wissen gar nicht, was da draußen abgeht.“*



## Der aktuellen Bundesregierung wird ein eher schlechtes Verhältnis zur Wirtschaft attestiert: Inkonstanz, fehlende Fachkompetenz und Ideologie statt Pragmatismus.

**Die derzeit amtierende Bundesregierung wird mehrheitlich kritisch beurteilt. Im Vergleich zu Vorgängerregierungen scheint sie auf kommunikativer und fachlicher Ebene Defizite aufzuweisen, die aus der Perspektive der Befragten die bestehende negative Wirtschaftslage verstärken. Insbesondere werden folgende Aspekte moniert:**

- Unzureichende Kontinuität der politischen Maßnahmen / Uneinigkeit der Koalitionspartner: Erzeugung von Unsicherheit und Konsum-/ Investitionszurückhaltung  
„Also ich finde, sie sollten der Wirtschaft Perspektiven bieten und auch nicht ständig neue Gesetze ändern. Es gibt keine Beständigkeit.“ / „Das Problem ist, dass sich die Regierung nicht einig ist. Es redet jeder mit seinen Ideen kunterbunt.“
- Mangelnde inhaltliche / fachliche Kompetenz der Politik  
„Und umgangssprachlich gesehen sind das Pappnasen, die nicht fähig sind.“ / „In China ist jeder Minister promoviert und hier?“
- Mangelnde Präsenz auf Wirtschaftsveranstaltungen  
„Die Kanzlerin war früher sehr präsent auf der IAA und so. Die jetzige Regierung hält sich sehr zurück.“
- Ideologische statt pragmatische Ausrichtung der Wirtschaftsmaßnahmen, v.a. in der Energiepolitik [teils]  
„Warum ist man gegen Atomstrom? Da schneidet man sich doch selbst ins Fleisch.“
- Deutsche Interessen stehen zu wenig im Vordergrund, ungenügender Schutz der eigenen Interessen  
„Früher hat man den Standort Deutschland mehr gepusht und beschützt. Jetzt hat man den Eindruck, wir stehen zum Verkauf hier. Die Chinesen klopfen schon überall an.“
- Medialer Negativ-Diskurs scheint Negativwahrnehmung der Bundesregierung zu verstärken  
„Es gibt ja nur Negativbeispiele, also mit der Commerzbank, Unicredit oder jetzt mit Volkswagen. Dieser Gipfel, es ist ja nichts dabei herumgekommen. Er hat ja nichts Konkretes versprochen.“

**Es wird teilweise von Befragten anerkannt, dass die aktuelle Regierung mit bereits bestehenden Herausforderungen aus der Vergangenheit konfrontiert ist, weiter mit der Wirtschaft im Dialog ist, (Reform-) Maßnahmen initiiert und sich um zusätzliche Transparenz bemüht.** [selten]

„Ich glaube, es wird viel Wichtiges endlich mal angestoßen, aber der Wandel ist in der Zeit natürlich schwierig. Wenn ich mein Haus renoviere, habe ich auch erst einmal Dreck in der Hütte. Danach wird es hoffentlich gemütlich.“

### Zitate von Befragten

„Erst wird gesagt, jetzt brauchen alle Wohnungen neue Heizungen und man macht erst mal alle verrückt und dann wird wieder umdisponiert. Das ärgert mich am meisten, man weiß nicht, wo man dran ist!“

„Wenn die maßgeblichen Stellen sich halt nicht einig sind, dann passiert entweder nichts oder irgendein Blödsinn.“

„Ich finde jeder, der auf so einem Posten sitzt, muss eine Ausbildung haben oder mal was studiert haben, aber das haben die nicht!“

„Zum Beispiel die extrem fanatische Grünenpolitik, die ohne klaren Sinn und Verstand sagt: Wir machen das jetzt, egal wie viele Arbeitsplätze es kostet, egal, wie viele Firmen da zum Teufel gehen. Hauptsache, wir haben grünen Strom, wir haben keine Atomkraft, können trotzdem alles im Ausland einkaufen, zahlen dafür einen Haufen Geld.“

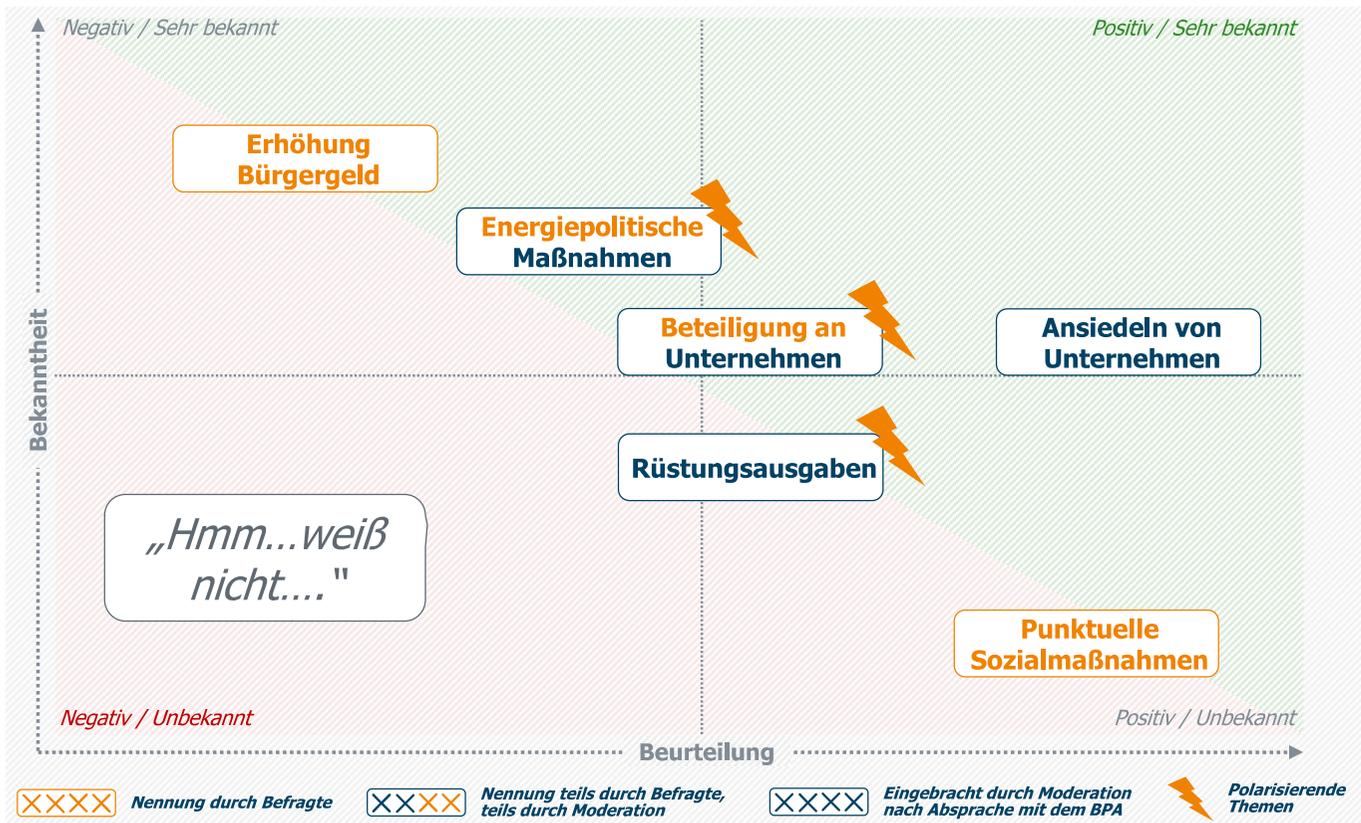
„Ich glaube, die stehen sich selbst im Weg. Die letzte Sache jetzt mit der Commerzbank, das ist das Nonplusultra. Die haben in der Wirtschaftskrise Anteile gekauft, jetzt haben sie die verkauft an die Unicredit und haben sich selbst den Ball ins Tor geschossen, weil die die feindliche Übernahme der Commerzbank jetzt anstreben.“

„Unter der Merkel-Regierung, da sind die Lobbyisten ein- und ausgegangen und haben diese Gesetze selber geschrieben.“

„Früher hat man eher zu sehr auf die Wirtschaft gehört und hat eben dementsprechend auch notwendige Veränderungen zu lange nicht in Angriff genommen.“

„Es wurde beschlossen, dass man weniger Papierkram hat. Du kannst Sachen statt zehn nur noch acht Jahre aufheben.“

## Aktuelle wirtschaftspolitische Maßnahmen sind punktuell bekannt. Dabei dominieren in der Erinnerung eher negativ oder ambivalent bewertete Maßnahmen. Wirtschaftspolitische Maßnahmen werden dabei sehr weit bzw. breit verstanden.



- Allgemein werden wirtschaftspolitische Maßnahmen der Regierung weniger bewusst wahrgenommen und erinnert  
*„Mir fällt nichts ein.“*
- Kritik an fehlenden Maßnahmen wird teils geäußert u.a. Förderung und Stärkung des Mittelstands  
*„Man hat zu lange verpasst, den Mittelstand zu stärken.“*
- Nur vereinzelt können Maßnahmen konkret benannt werden z.B. Förderung von Standorten, punktuelle Sozialmaßnahmen, CO<sub>2</sub>-Steuer
- Die Befragten haben ein sehr breites Verständnis von Wirtschaftspolitik und nennen auch Maßnahmen wie Legalisierung von Cannabis, Waffenlieferungen in die Ukraine, Sanktionen gegen Russland, Heizungsgesetz, Abschaffung des Verbrennermotors, Abschaffen des Elterngeldes ab einer gewissen Einkommensgrenze  
*„Es beeinflusst ja die, die wirtschaftliche Lage generell, wenn wir Gelder, die wir haben, irgendwo reinpacken, egal jetzt, sei es jetzt in die eine oder die andere Richtung, oder wir kaufen das Gas am Ende beim Russen über irgendwen anderes dann dreimal so teuer ein. Das hat ja auch wirtschaftliche Auswirkungen auf jedes Unternehmen, das in diesen Gewerken unterwegs ist.“* *„Abschaffen des Verbrennermotors bei nicht ausreichender Infrastruktur.“*

## Bekannt und umstritten sind insbesondere diejenigen Bereiche, die auch medial stark diskutiert wurden: Bürgergeld und erneuerbare Energien.

### Die Einführung und Erhöhung des Bürgergeldes wird überwiegend als wirtschafts- und gesellschaftspolitisch schädliche Maßnahme gesehen

- Setzt Fehlanreize, indem es Arbeitsmotivation mindert und Fachkräfteproblematik erhöht  
*„Ich sage auch, dieses Bürgergeld, was eingeführt worden ist, schafft keine Arbeitsplätze. Also sie bekommen jetzt so viel Geld, dass Arbeit sich nicht mehr lohnt.“*
- Verstärkt soziale Probleme, v.a. rund um Integration  
*„Weil das Bürgergeld exorbitant gestiegen ist, lohnt sich in gewissen Positionen arbeiten einfach nicht. Und dann haben wir viele Geflüchtete aufgenommen. Man will mehr Leute in den Arbeitsmarkt integrieren. Aber es ist halt komplett nach hinten losgegangen. Über 63% Migrationsanteil in den Bürgergeldempfängern. Und wenn die nicht vorhaben, sich integrieren zu wollen in den Arbeitsmarkt, werden die Sozialausgaben immer weiter steigen.“*

### Energiepolitische Maßnahmen – insbesondere Investitionen in erneuerbare Energien – werden je nach konkreter Maßnahme ambivalent betrachtet

- Tendenziell positiv wird der Ausbau erneuerbarer Energien als generelles Ziel gesehen:
  - Versorgungssicherheit und Autarkie werden ermöglicht – insbesondere angesichts Ukraine-Kriegs  
*„Es gibt natürlich viele Geschichten im Energiesektor, was man nicht vergessen darf. Wir haben die letzten Jahre alle Winter überlebt ohne Stromausfälle.“ / „Wir müssen unabhängig von Putin werden.“*
  - Gelten tendenziell als Zukunftsinvestitionen, die Innovationskraft fördern  
*„LNG und Wasserstoff sind ja ein Muss, wenn man aus der Kohle aussteigen will!“*
- Vergünstigter Industriestrompreis gilt eher als nachvollziehbar zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, auch wenn man teils Ungerechtigkeiten gegenüber Privathaushalten sieht
- Überwiegend negativ werden in diesem Kontext aber einige konkrete Schritte der Bundesregierung bewertet
  - Insbesondere das Erneuerbare-Energien-Gesetz, aber auch der Ausstieg aus Verbrenner-Technologie oder das Energieembargo gegenüber Russland werden als belastend, inkonsequent und undurchdacht empfunden  
*„Ich würde sagen, früher hat man uns nicht so doll belastet wie die jetzige Regierung. Beispiel Heizungsgesetz mit den Lasten.“*
  - Generell zu starker Fokus auf erneuerbare Energien mit mangelnder Rücksicht auf Alternativen  
*„Zum Beispiel der Atomausstieg, warum der Schnellschuss? Besser mit Sinn und Verstand gucken, die neue Technik ist noch nicht so weit, dass es eine Alternative darstellt. Also erstmal so lange alles weiterlaufen lassen, bis die Technik so weit ist.“*

### Zitate von Befragten

*„Jetzt haben sie das Bürgergeld erhöht, okay, dann haben sie aber die Umschulung wieder runtergesetzt. Ja, wie will ich denn Fachkräften aus den Leuten heranziehen, wenn ich danach nur Bewerbungskurse abhalte?“*

*„Ich habe sieben Jahre Bürgergeld bezogen. Ich habe erst seit einem halben Jahr diesen Job. Ich kriege immer noch eine Aufstockung, aber je mehr Bürgergeld es gibt, desto weniger ist die Bereitschaft, zu arbeiten. Ich könnte auch zu Hause bleiben. Also ich sehe da schon eine große Gefahr.“*

*„Die Energiewende muss ja sein, nicht so, wie wir es jetzt erleben, aber da muss schon in irgendeiner Form was passieren, das ist schon richtig, aber da müssen Fachleute dran, mehr kann ich dazu nicht sagen.“*

*„Ja, es ist schon eine gute Idee, definitiv, auch dass da irgendwelche Förderungen angeboten werden. Nur sind die Förderungen auch irgendwann wieder weg.“*

*„Nur weil ich jetzt keine neue Heizung einbauen will, soll ich jetzt mehr Steuern bezahlen.“*

*„Industriestrompreis ist eine Frechheit. Also, gerade solche Unternehmen, die Summen erwirtschaften, die jenseits von Gut und Böse sind, die zahlen weniger Strompreis als Otto Normalverbraucher. Das finde ich nicht richtig. Dann müssen sie alles senken.“*

*„Industriestrompreis ist gut, die Unternehmen sollen ja überleben.“*

*„Wir nehmen das gleiche Gas der Russen ja trotzdem, weil wir kaufen es über Ungarn ein und bezahlen das Dreifache.“*

## Während Beteiligungen an Unternehmen ambivalent gesehen werden, gilt das Ansiedeln von Unternehmen als klar positiv

**Beteiligungen an Unternehmen sind insbesondere durch starke mediale Berichterstattung präsent – insbesondere Unterstützungen von (Groß-)Unternehmen in Schwierigkeiten. Hier herrscht eine ambivalente Wahrnehmung, da es eher um das Abwenden von Schwierigkeiten geht und nicht um das erwünschte Setzen klarer positiver Impulse.**

- Beteiligungen an Unternehmen gelten als positiv, wenn sie Arbeitsplätze sichern können und / oder an sich gesunde Unternehmen stützen, die sich in einer temporären Krise (z.B. durch Corona) befinden. Idealerweise profitiert der Staat langfristig von der Unterstützung

*„Ja, das ist gut, eben um das Unternehmen zu retten. Die Lufthansa hat ja auch irgendwo richtig große Probleme gehabt, aber soweit ich weiß, haben die ja auch alles wieder zurückgezahlt.“*

- Allerdings scheinen Unternehmensbeteiligungen nicht immer erfolgreich zu sein:

- Staatsbeteiligung wird (zu früh) aufgegeben oder rentiert sich nicht

*„Aber die Bundesregierung hat sich aber aus vielen auch rausgezogen. Das war mit der Post so oder mit der Telekom. Jetzt das Neueste war wieder die Commerzbank und die wird von einem italienischen Unternehmen aufgekauft.“*

- Beteiligungen eher an Großunternehmen, kleinere Unternehmen eher vernachlässigt

*„Der Mittelstand wird vernachlässigt.“*

- Aushebelung des Wettbewerbs, so dass marode Firmen künstlich subventioniert werden

*„Die Staatseingriffe finde ich nicht gut. So hart wie es ist, es ist einfach so: Wenn was kaputt ist, ist es kaputt.“*

**Das Ansiedeln von (ausländischen) Unternehmen wird teils positiv betrachtet, vereinzelt negative Aspekte**

- Zusätzliche Arbeitsplätze werden geschaffen

*„Bei Intel oder Tesla wird die ganze Region gefördert.“ „Es geht um 30.000 Arbeitsplätze und dann auch bei den Zulieferern.“*

- Abhängigkeiten werden gemindert & Innovationskraft wird gestärkt

*„Damit wir nicht mehr so abhängig sind, durch Corona haben wir mit Chips natürlich massive Probleme.“*

- Allerdings trüben aktuelle Fehlschläge (Intel) etwas den Gesamteindruck

*„Da sollten ja auch etliche Milliarden herangeschleppt werden, aber Intel hat jetzt einen Rückzieher gemacht! Vom Ansatz her aber gut.“*

- Mangelnde Nachhaltigkeit der Unternehmensansiedlungen: Wahrnehmung, dass Unternehmen Wissen akquirieren und nach dessen Erwerb abwandern [selten]

### Zitate von Befragten

*„Ich fände es gut, wenn der Staat ein bisschen subventionieren würde, damit einige wieder besser laufen würden. Mit der Meyerwerft ist das nichts anderes. Das ist das Aushängeschild in der Schiffsbranche. Deswegen finde ich es nicht verkehrt, wenn da unterstützt wird.“*

*„Das soll meines Erachtens nicht so sein, dass sich der Staat komplett zurückzieht. Der Staat hat ja auch eine Verantwortung.“*

*„Ja, das sehe ich nämlich auch so, dass der Staat dann nur einspringt und nichts zurückkriegt.“*

*„Ich finde es ist auch so eine Art Einbahnstraße, sei es Banken oder jetzt mit der Bahn. Immer, wenn es heißt, uns geht es schlecht, müssen alle mithelfen. Wenn sie aber Milliarden Gewinne erwirtschaften, dann kriegen die Eigentümer oder die Besitzer oder wer auch immer die Taschen nicht voll genug. Da fragt keiner, wo er was abgeben kann oder eben dann auch zurückgeben.“*

*„Also ich finde grundsätzlich die IT-Branche ist das Maß aller Dinge. Das war im Ansatz ja schon mit Intel ganz gut gewählt.“*

*„Ja, es schafft Arbeitsplätze, man hat die Abhängigkeit nicht.“*

*„Das war doch auch, dass Intel geplant hat, aber jetzt doch nichts mehr macht, weil Intel selbst in wirtschaftlicher Schieflage ist.“*

## Rüstungsausgaben werden aufgrund ihrer außenpolitischen Wirkung ambivalent betrachtet. Ferner sind punktuell als positiv bewertete Sozialmaßnahmen bekannt.

**Rüstungsinvestitionen werden insbesondere im Lichte ihrer außenpolitischen Wirkung betrachtet, haben aber auch eine ökonomische Dimension, die ambivalent betrachtet wird:**

(siehe zum Thema Rüstung auch weitere Details im Kapitel Finanzen und Ausgaben)

- Positive ökonomische Aspekte von Rüstungsausgaben
  - Förderung der heimischen Industrieproduktion  
„Rheinmetall geht es richtig gut.“
  - Stärkung der Sicherheit Deutschlands  
„Wer nicht hochgerüstet ist, kann sich nicht verteidigen.“
- Negative ökonomische Aspekte von Rüstungsausgaben
  - Verschlechterung der Handelsbeziehungen insbesondere zu Russland  
„Das macht unser Verhältnis noch schlechter. Wir brauchen doch russische Rohstoffe.“
  - Befürchtung: Finanzielle Mittel fehlen an anderen Stellen z.B. Bildung, Gesundheit, Infrastruktur  
„Ob das Geld dann für Wohnungen oder so fehlt?“

**Punktuelle Sozialmaßnahmen: Während insbesondere das Bürgergeld präsent und umstritten ist, werden vereinzelt weitere Sozialmaßnahmen genannt, die tendenziell positiv bewertet werden**

- Förderung von Niedrigverdienenden: Erhöhung des Mindestlohns, geminderte Abgabenlast [eher N]  
„Der Mindestlohn soll hoch, das ist gut.“ „Ich habe einen Midi-Job, da wurden die Abgabengrenzen verbessert.“
- Förderung des sozialen Wohnungsbaus – auch wenn nicht so erfolgreich wie geplant, teils zu hohe Standards  
„Die wollten mehr Sozialwohnungen bauen, was ja gut ist, aber das Ziel haben die verfehlt.“
- Digitalisierung der Schulen – auch wenn noch Probleme in der Umsetzung [selten]  
„Die Digitalisierung für Schulen wurde gefördert. Digitalpakt 2 ist in der Arbeit. Umsetzung ist aber häufig das Problem.“
- Kulturpass [selten]  
„Mein Sohn ist ja 18 geworden. Er hat einen Brief gekriegt, dass er vom Staat 300 Euro kriegt zur freien Verfügung. Also nicht als Geld, sondern als Gutscheine. Der kann ins Kino oder Theater.“

### Zitate von Befragten

„Ja, das bekannteste ist glaube ich der Doppelwumms. Den Verteidigungsetat einfach eine Milliarde, drei Milliarden aufstocken, dass die Bundeswehr wieder up-to-date gehalten wird.“

„Wir haben die NATO-Verträge mit 2%-Investition unterschrieben und die muss man einhalten.“

„Also ich glaube, wir zahlen ja schon 2 % an die NATO mittlerweile und jetzt sollen wir noch mal drauflegen. Das ist Wahnsinn.“

„Ich finde es schon gut, wenn sie sagen, Mindestlohn 15 Euro. Das klingt erst mal nicht schlecht, dann wird aber alles andere wieder teurer. Man sollte eher die Steuern senken für Leute, die weniger verdienen.“

„Bezahlbarer Wohnraum wird immer rarer, daher wichtig. Aber da kommt dann wieder die Bürokratie zusammen, zum Beispiel bei uns neue Häuser gebaut und ein so ein ganzer Block Neubauten ist für sozial schwache Familien. Aber die Firma, die das gebaut hat, hat gesagt, die machen das nicht noch mal, weil diese Bürokratie so kompliziert war, dass es am Ende fast nicht geklappt hätte.“

„Du hast dann Schulen mittlerweile mit ganzen Tablet-Klassen, was von der Schule bezahlt wird. Aber natürlich müssen Bücher und Hefte immer noch gezahlt werden und manche Familien haben das Geld halt einfach nicht, um dort mit der Digitalisierung mitzukommen.“

## Wirtschaftspolitische Wünsche umfassen ein verbindlicheres Handeln und Auftreten der Regierung sowie einen zielgerichteteren Einsatz von Mitteln.

### Stärkung folgender wirtschaftspolitischer Aspekte

- Standort Deutschland stärken: Abwanderung von Unternehmen und Fachkräften verhindern und v.a. systemrelevante Berufe fördern  
*„Dass man die Betriebe darin unterstützt und ermutigt hierzubleiben und nicht immer wieder abzuwandern, weil es da billiger ist.“ / „Unbeliebte Berufe wie Pflege stärken. Ein Bekannter von mir ist Pfleger in Österreich und verdient viel mehr, der kommt nicht wieder.“*
- Infrastruktur, Gesundheit und Bildung als systemrelevante Grundlagen fördern  
*„Bahn, Digitalisierung, Energie: Da muss man ran!“*
- Nationale vor internationale Interessen stellen: Investitionen mehr im Inland  
*„Es sind immer so viele, die wir im Ausland unterstützen. Also vielleicht auch mal mehr auf das eigene Land gucken.“*
- Mittelstand stärker fördern, nicht nur Großunternehmen  
*„Den Mittelstand fördern: Der wird ja bis jetzt völlig vernachlässigt.“*
- Stärkung von Familien: Ermöglichen von Vereinbarkeit von Beruf und Familie u.a. durch Versorgung mit guten Betreuungsangeboten für Kinder / Jugendliche (z.B. genügend Kita-Plätze, Hortangebote)
- Auftritt der aktuellen Regierung verbessern: Geschlossener Auftritt nach Entscheidungen erwünscht und Stärkung der Fachkompetenz durch Einbezug aktueller Forschung sowie bewährter internationaler Best Practices  
*„Die Uneinigkeit der Ampel, da hat man ja den Eindruck, die arbeiten nicht miteinander. Der eine arbeitet gegen den anderen, also diese Uneinigkeit bringt uns ja auch nicht nach vorne.“ / „Vor allem mal mehr auf Forschung und Wissenschaft hören, also unbeteiligte Dritte, die weder Lobbyismus für Firmen im Kopf haben noch Kosten bei der nächsten Wahl, sondern was ist tatsächlich gut für unser Land, was bringt uns nach vorne.“*
- Schnellere aber fundierte Entscheidungen der Regierung  
*„Es passt doch nicht in unsere Zeit, dass die Regierung so lange braucht, was umzusetzen.“*

### Änderung folgender wirtschaftspolitischer Aspekte

- Bürokratieabbau für Unternehmen über das aktuelle Bürokratieentlastungsgesetz hinaus
- Entscheidungen auf Basis von Pragmatismus statt Ideologie und Entscheidungen der Regierung, die als ideologisch motiviert wahrgenommen werden könnten, fundierter erläutern  
*„Vielleicht nicht so ideologisch sein, dass um jeden Preis die Grünen ihr Ding da durchziehen. Atomkraft wurde vorhin gesagt, vielleicht dass man, solange die Energiekrise steht, erst mal ein bisschen aufschiebt noch.“*
- Unterstützung wenig zukunftsträchtiger Branchen mindern [teils]  
*„Gerade in der Automobilindustrie mit Dingen, die einfach aus der Zeit gefallen sind, mal aufhören zu unterstützen, mehr in neue Technologie stecken.“*
- Minderung von Sozialleistungen an Bürgergeldempfangende [teils]  
*„Hört sich jetzt vielleicht krass an. Aber wenn ich Bürgergeld kassiere, gehe ich davon aus, der hockt daheim. Warum braucht der einen Kita-Platz? Der kann seine Kinder daheim betreuen.“*
- Minderung von Ausgaben für Entwicklungshilfe / andere Staaten oder Projekte im Ausland [teils]  
*„Warum geben wir Geld für Radwege in Peru aus?“ „Wir unterstützen Ukraine, irgendwelche Entwicklungsländer, wo auch nichts dabei herkommt, aber für Investitionen im eigenen Land, da fehlt das Geld!“*
- Minderung von Abgabenlast, um Fachkräfte zu halten bzw. attraktiv zu sein [eher H]  
*„Die Steuern müssen runter. So dass es nicht mehr vor allem auch für die wirklichen High-End-Akademiker immer unattraktiver wird, hier in Deutschland zu bleiben.“*

Hintergrund und Methode

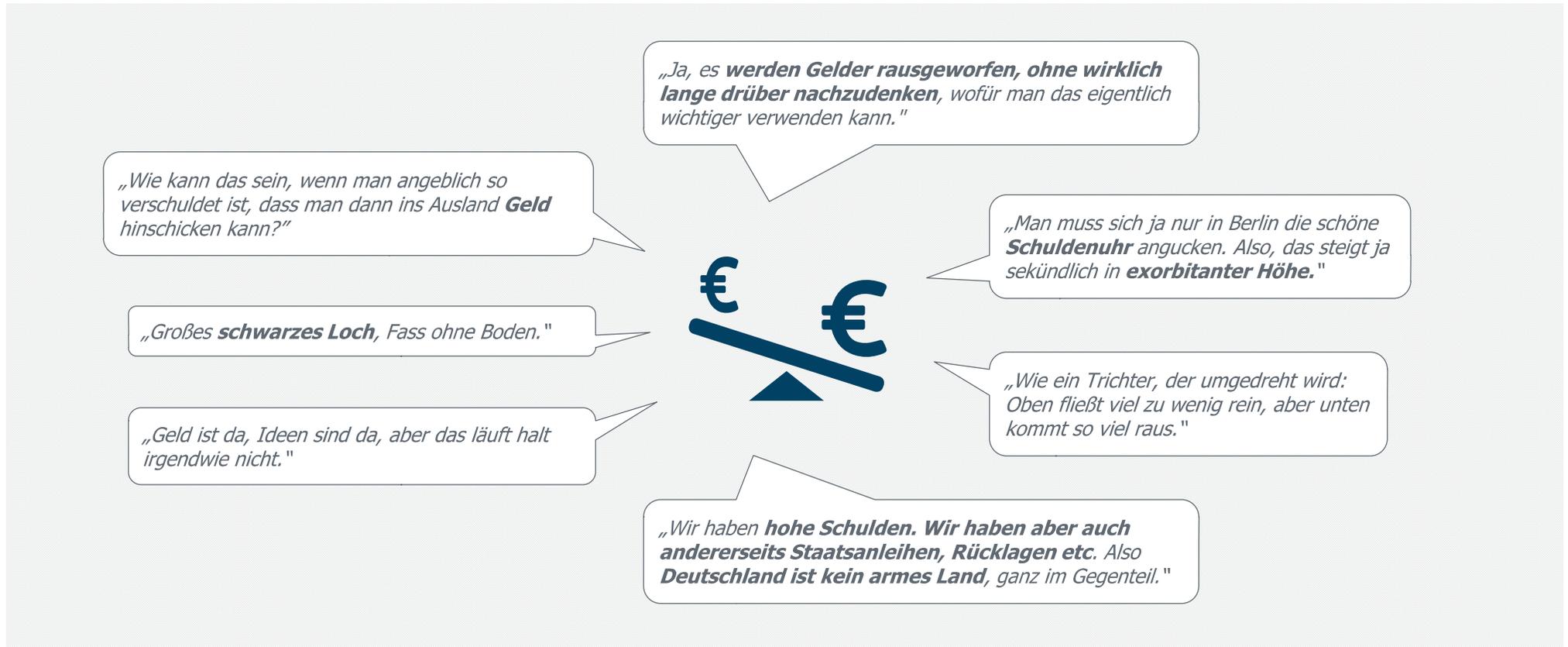
Zusammenfassung der Studie

Wirtschaftliche Lage und Wirtschaftspolitik

› **Finanzen, Ausgaben und Sparmaßnahmen**

Steuern und mögliche Steuerreformen

## Bei der Wahrnehmung von Staatsfinanzen dominieren steigende Verschuldung und eine falsche Allokation von Mitteln, die an sich ausreichend vorhanden sind.



## Die Wahrnehmung der Staatsfinanzen variiert je nach Betrachtungsebene: Bund, Bundesländer und Kommunen werden teilweise unterschiedlich bewertet.

### Beurteilung Bundesebene

- Bund hat an sich die umfangreichsten Mittel  
*„Der Bund verteilt von oben nach unten, behält am meisten für sich!“*
- Allerdings: Größte Fehlallokationen werden auf Bundesebene vermutet  
*„Berlin ist schon groß im Verschwenden im Vergleich. Gucken wir mal, was alleine im Regierungsviertel verbraten wird an Kohle.“*

### Beurteilung Landesebene

- Länderfinanzausgleich sorgt für gewissen Ausgleich zwischen den Bundesländern und zeigt damit auch wirtschaftliche Stärke / Schwäche einzelner Regionen an  
*„Ich sag mal, den drei südlichen Ländern geht es, glaube ich, ganz gut. Also, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern. Das sind ja auch eigentlich immer die, die zuschießen bei dem Haushaltsausgleich!“*
- Regionale Wirtschaftsstärke und Tatkraft der Landes-Politiker führen jedoch zu Differenzen  
*„Ich weiß es jetzt nicht, wie es den anderen Bundesländern geht. Aber ich finde, hier in Hessen wird schon viel gemacht.“*

### Beurteilung Kommune

- Kommune stark abhängig von regionaler Wirtschaftskraft  
*„Also Frankfurt steht gut da. Es gibt gute Firmen, die hier gut einzahlen, auch der Flughafen, Fraport, FES, Mainova.“*
- Wirtschaftliche Stärke / Schwäche der Kommune manifestiert sich stark im Alltag in Form von Kosten und Zustand öffentlicher Infrastruktur  
*„in Offenbach gibt es sehr viele kulturelle Angebote. Das fängt natürlich auch viel auf, dass Probleme erst gar nicht entstehen.“  
„In Mülheim haben wir kein Personal, was mal die Mülleimer leert. Der Müll liegt überall herum, so als Beispiel.“*
- Individuelle Tatkraft von einzelnen Kommunalpolitikern spielt wichtige Rolle [teils]  
*„Unser Herr Feldmann, der jetzt nicht mehr Oberbürgermeister ist, aber der hat jahrelang sehr viel für den Wohnungsbau gemacht. In Frankfurt gibt es unendlich viele Sozialwohnungen. Ich bin so froh darüber, dass das hier umgesetzt wurde.“*

### Beobachtung: Teils ist eine genaue Differenzierung über die Allokation der finanziellen Mittel und der Zuständigkeiten aus Befragtensicht nicht einfach möglich bzw. ersichtlich [teils, eher N]

*„Es ist schwierig, auseinanderzuhalten, was der Bund, was die Stadt bezahlt oder so. Das hört man dann nur immer, dass sich der Bund mit so und so vielen Geldern beteiligt oder so, aber woran es denn hapert, warum die Straßen hier nicht ordentlich sind (...), das weiß man halt nicht so, also ich zumindest nicht, an welchen Finanzen es nun genau hängt, aber ja, dass kein Geld da ist, merkt man ja.“*

### Zitate von Befragten

*„Der Bund verteilt ja die Steuern nach unten. Das heißt, die verteilen die nach Thüringen, Thüringen verteilt sie nach Erfurt. Das ist ja auch wie so eine Pyramide.“*

*„Berlin zieht alles runter.“*

*„Hessen verschenkt keine Milliarden irgendwohin.“*

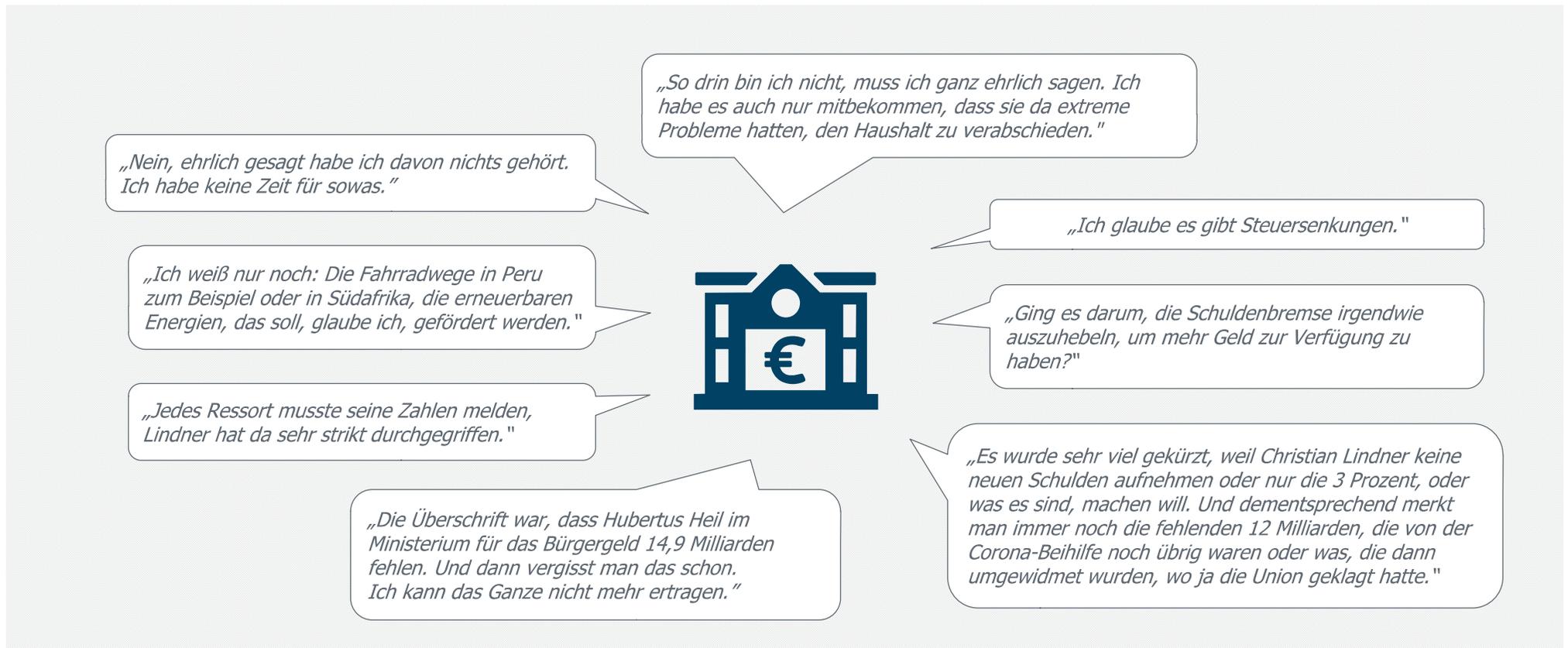
*„Es gibt Ausreißer wie Münster oder Düsseldorf, wo es ein bisschen besser ist, aber grundsätzlich NRW eher negativ.“*

*„Man sieht ja, jede zweite Straße wird ein neues Haus gebaut. Irgendwo haben die Leute das Geld. Sonst würden die das nicht bauen. Das sind nicht Häuser, die klein sind. Sondern wirklich Hotels oder Restaurants. Und das wird alles neu gebaut.“*

*„Das Problem vom Osten ist, es gibt zwar genügend Jobs, aber das sind halt alles niedrigbezahlte Jobs, weil hier ist die Logistikbranche gut verteilt. Hier siedeln sich alles Riesenunternehmen mit riesigen Lagern an, die auch genug Leuten Arbeit zur Verfügung stellen, aber die Leute verdienen halt nur nichts. Und dann gibt es halt zu wenig Geld, was man ausgeben kann und in den Wirtschaftskreislauf zurückfließt.“*

*„Da muss ich aber dazu sagen, dass es Erfurt, Thüringen noch relativ gut geht. Ich habe viele Jahre im Ruhrgebiet gewohnt, alleine da war es ein Unterschied. Ich habe erst in Essen und dann in Duisburg gelebt. Alleine wie die Städte aussahen! Wenn ich die Stadt Duisburg mit Erfurt vergleiche, geht es Erfurt wirklich richtig gut!“*

## Die Einzelheiten des Bundeshaushalts 2025 sind meist unbekannt. Die öffentliche Wahrnehmung wird v.a. durch die internen Diskussionen innerhalb der Ampel-Koalition geprägt, insbesondere in Bezug auf die Schuldenbremse und Verwendung von Mitteln.



## Die Betrachtung der Schuldenbremse erfolgt differenziert: Es besteht überwiegend der Wunsch nach einer situativen Anpassung in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage.

### Als Begriff ist die „Schuldenbremse“ zwar geläufig, doch ist ihre exakte Ausgestaltung nicht allen Befragten genau bekannt.

- Allgemeines Verständnis, dass der Staat sich eine Regel zur Schuldenbegrenzung auferlegt, besteht  
„Dass wir nicht mehr Schulden machen, als vorgegeben ist. Da ist das Limit, und dann ist Schluss. Mehr Schulden dürfen nicht gemacht werden.“
- Nicht-Wissen und Fehlannahmen bezüglich der konkreten Ausgestaltung [Mehrheit: eher N, aber auch H]  
„Der Bundeshaushalt darf glaube ich nicht mehr als 3% Überschreitung machen und darf nicht mehr als, das ist glaube ich EU-basiert, 66% seines Bruttoinlandsprodukts an Schulden draufpacken.“ / „Das ist eine Vereinbarung zwischen den Parteien.“
- Kenntnis als im Grundgesetz verankertes Instrument [teils, eher H]  
„Das steht im Grundgesetz!“

### Als Instrument der Ausgaben- und Schuldensteuerung wird die Schuldenbremse differenziert betrachtet je nach Anwendungsfall:

- Eine Mehrheit fordert eine differenzierte Herangehensweise:
  - Überschreiten der Schuldenobergrenze wird sinnvoll erachtet in systemrelevanten Bereichen wie Gesundheit, Bildung, Infrastruktur, in Notsituationen oder in der Rezession  
„Ich glaube, wenn es der Wirtschaft schlecht geht, dann sollte man vielleicht auf die Schuldenbremse verzichten oder ein bisschen ausweiten. Geht es der Wirtschaft super, dann kann man sie natürlich auch eher einhalten, aber so strikt darauf pochen, auch wenn es ganz Deutschland mies geht: nein.“
  - Eine übermäßige Verschuldung wird aber abgelehnt z.B. bei nicht-produktiven Ausgaben wie Bürgergeld, Verwaltung: Einsparungen überwiegend bevorzugt  
„Ja, eigentlich haben wir genug Steuereinnahmen. Die werden nur halt falsch ausgegeben.“
- Eine Minderheit zieht Parallelen zu Privathaushalten und fordert eine strikte Einhaltung der Schuldenbremse  
„Grundsätzlich finde ich es gut, weil Generationengerechtigkeit. Und ich denke halt immer, auch als Privatmensch, würde ich das machen? Würde ich einfach immer weiter Schulden aufnehmen? Da sagt irgendwann eine Bank: jetzt ist Schluss!“
- Steuererhöhungen als Alternative für Investitionen werden überwiegend abgelehnt  
„Höhere Steuern fällt ja auf uns alle wieder zurück. Also haben wir wieder mehr Ausgaben. Ich würde eher sagen, anders investieren einfach!“

### Zitate von Befragten

„Der Begriff Schuldenbremse ist natürlich geläufig, gar keine Frage, aber was jetzt genau, das kann ich nicht sagen.“

„Dass die Schulden, die aufgenommen werden, über die Jahre hinweg gedeckelt werden, dass man die halt phasenweise halt abbaut.“

„Vielleicht ein anderes Wort für Haushaltssperre.“

„Was nützt uns ein nicht so hoch verschuldeter Staat, wenn die Wirtschaft oder wenn das Drumherum alles marode wird, wenn die Bildung nicht mehr gefördert wird, wenn die Straßen kaputtgehen, wenn Infrastruktur leidet, dann nützt uns nichts, dass wir am Ende keine Schulden haben, weil ja nichts mehr funktioniert.“

„Die Schulden für Deutschland, das ist so eine fiktive Zahl. Das ist jetzt nicht so wie wenn du als Privatperson Schulden hast. Der Staat hat dann zwar eine höhere Schuld stehen, okay, die Bürger sind pro Kopf mehr verschuldet, weil mit dem Geld, was man daraus nimmt, sind tolle Sachen gemacht worden: Schulen aufgebaut, in die Infrastruktur gesteckt, wo irgendwas Positives daraus resultiert, dann hat es einen viel höheren Mehrwert, als wenn ich eine geringe Schuldengrenze habe.“

„Der Staat ist ja quasi ein Unternehmen, und ein Unternehmen, das sich neu gründet, muss auch erst mal investieren, muss erst mal mutig sein und erst mal mehr investieren, mehr ausgeben, was eigentlich nicht vorhanden ist. Sonst steht man sich ja selber im Weg.“

„Also ich bin da ein bisschen zweigespalten. Bei Verteidigung würde ich auch sagen, da muss man jetzt nicht unbedingt noch Schulden für machen, aber wenn man jetzt wieder Abstriche machen muss bei Bildung oder so, das fände ich nicht so gut.“

„Für Bildung wäre ich bereit, höhere Steuern zu zahlen.“



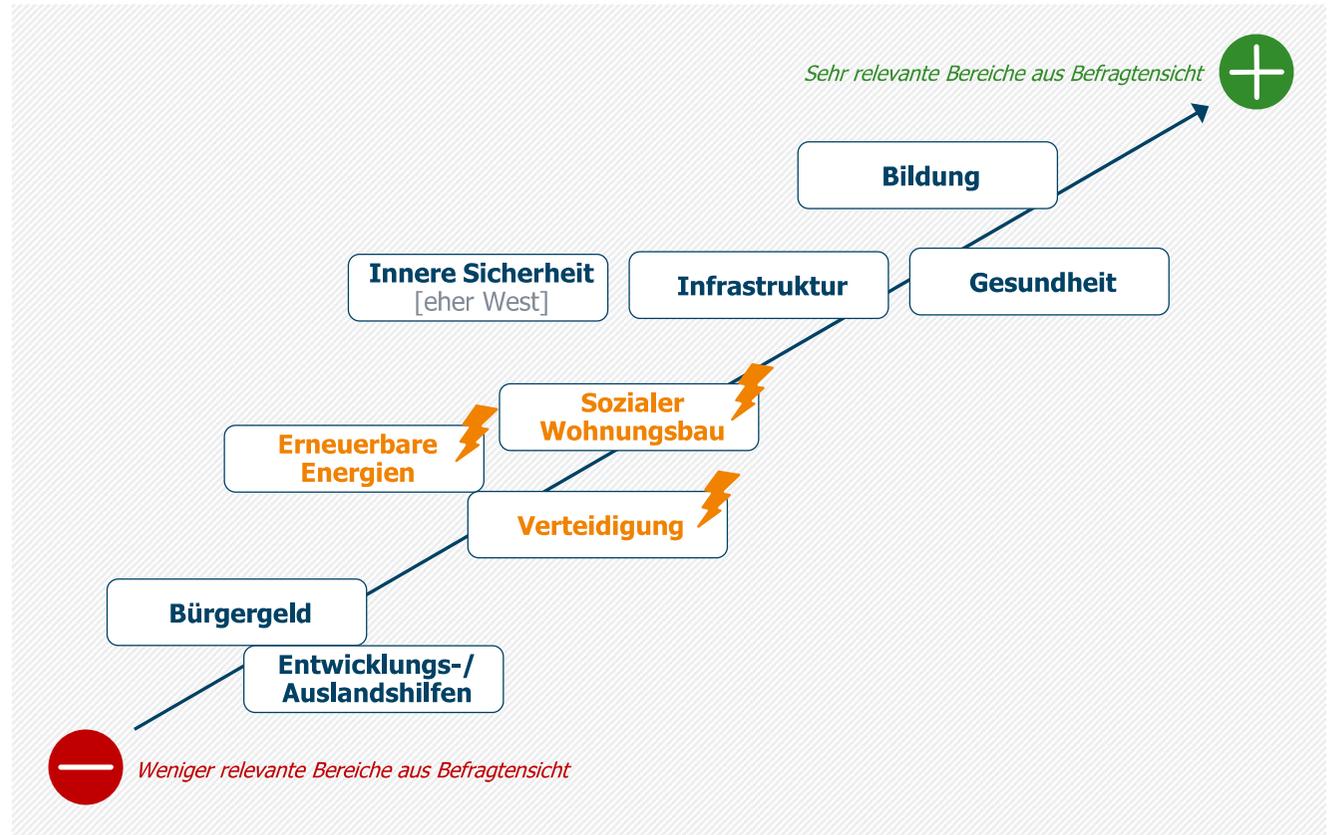
## Besonders Bildung, Gesundheit und Infrastruktur werden als zentrale Zukunftsbereiche angesehen.

Wenn es um die Staatsausgaben geht, differenzieren die Befragten nach Bereichen, in die mehr bzw. weniger investiert werden sollte.

Hierbei werden die Bereiche Bildung, Gesundheit, Infrastruktur und auch innere Sicherheit (v.a. im Westen Deutschlands) als besonders relevante Bereiche empfunden. In diese Bereiche sollte nach Meinung der Befragten besonders investiert werden.

Weniger relevante Bereiche sind Entwicklungshilfen bzw. Investitionen im Ausland und die weitere Erhöhung von Bürgergeld.

Nähere Ausführungen siehe folgende Seite (Seite 30).



## Investitionen finden Zustimmung, wenn sie umfassende Vorteile (ökonomisch, politisch, sozial) versprechen und potenzielle negative Folgen als gering eingeschätzt werden.

### + Eher befürwortete Zukunftsinvestitionen

- Bildung im weitesten Sinn als Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg, aber auch für gesellschaftlichen Zusammenhalt  
*„Bildung ist der Grundstein für alles. Eine Frühförderung, wenn da nichts passiert, dann passiert auch später nichts.“ / „Uns fehlen die vernünftigen Kindergartenplätze, wo eben auch Sprache, Kultur, gutes Benehmen, Anstand vermittelt wird. Das geht dann weiter mit den anderen Schulformen. Prävention von Straftaten, Resozialisierung von Straftätern. Also es kostet viel weniger, das zu verhindern, als wie nachher wieder zu richten.“*
- Infrastruktur, v.a. Verkehr, Digitalisierung  
*„Es ist ja das Schienennetz, was sehr marode ist, was unbedingt ausgebaut werden muss.“*
- Gesundheitssystem  
*„Es kann doch nicht sein, dass Krankenhäuser minimal besetzt sind.“ / „Privatisierungen von Krankenhäusern war ein Fehler.“*
- Innere Sicherheit: wirkt Gefühl der zunehmenden Kriminalität und Kontrollverlust entgegen [eher West]  
*„Ganz wichtig, wir haben ja genug Angriffe im Inland momentan.“ / „Da traut man sich auch als Frau nachts wieder über die Zeil.“*
- ABER: Bei allen Maßnahmen wird bedachter Umgang mit den Mitteln gefordert  
*„Also ich persönlich bin wirklich für mehr Staat, aber anders. Da muss mehr Rechtfertigung, Verantwortung, Kontrolle sein!“ / „Ja aber dann kommt wieder diese Bürokratie und am Schluss werden doch keine Wohnungen gebaut.“*

### ⚡ Ambivalent gesehene Investitionen

- Erneuerbare Energien:
  - als Technologie-Innovation und politisch erstrebenswertes Ziel  
*„Das ist zwingend erforderlich, ich sehe das als sehr, sehr wichtig an, auch für unsere Kinder. Das ist unsere Zukunft, denn unsere Erde ächzt, die Erde wird ausgelaugt ohne Ende.“ / „Aber das können wir ja machen und die können wir in Deutschland bauen, die Dinger und nicht irgendwo in Asien, das würde wieder Arbeitsplätze schaffen.“*
  - Aber auch: Pragmatischer statt dogmatischer Ansatz im Energiebereich bevorzugt  
*„Weil wir im Moment schon genug Probleme haben. Die ganzen Windräder und Sonnendinger, die sie da alle bauen, damit einher auch Abschaffung der Atomkraftwerke usw. Es ist einfach noch nicht so weit aus meiner Sicht.“*
- Sozialer Wohnungsbau: Mittel gegen steigende Wohnungsnot, ruft aber auch sozialen Neid hervor  
*„Wir haben so viele junge Mütter, die stehen alleine da, niemand kümmert sich um sie. Die brauchen solche Wohnungen. Und wir haben viel zu wenig von diesen Wohnungen.“ vs. „Meine Mom hat erzählt, mit was für einem hohen Standard diese Wohnungen gebaut werden. Und wie top neu die sind. Das können sich teilweise Leute im Mittelstand gar nicht mehr leisten.“*
- Verteidigungsausgaben polarisieren hinsichtlich ihrer ökonomischen und außenpolitischen Wirkung  
*„Es wäre schon angebracht, weil die Bundeswehr unser Land gerade mal einen Tag lang schützen könnte, wenn es zum Kriegsfall kommt. Das kann es doch auch nicht sein.“ / „Richtig gut finde ich das nicht. Es weckt nur Aggressionen bei Putin. Es ist vieles marode, aber dass sie jetzt so viel da investieren, ist auch nicht gut.“*

### — Eher abgelehnte Investitionen

- Zu hohes Bürgergeld gilt als kontraproduktiv, gilt als nicht durch eigene Leistung verdient und entzieht Mittel für relevantere Investitionen [Mehrheit]  
*„Ja, in den sozialen Bereich, also spricht man hat das Bürgergeld um die 20 Prozent erhöht dieses Jahr, und das war eindeutig zu hoch. Deswegen wird die nächsten zwei Jahre gedeckelt.“ / „Das Lohngefälle zwischen Bürgergeld und Arbeiten, das ist zu klein.“ / „Ich kenne Bürgergeldempfänger, die sind stinkfaul.“*
- ABER keine Ablehnung des Sozialstaates per se: Soziale Sicherung wird wertgeschätzt  
*„Ich musste auch mal Bürgergeld beantragen, weil ich krank war.“ / „Arbeitslosengeld 1, Krankengeld, Rehabilitationsleistung. Das sind Leistungen, die auf Beitragszahlungen beruhen, da hat man ein Recht drauf.“*
- Entwicklungshilfen und andere Investitionen im Ausland inkl. Ausgaben für Migration im Inneren werden überwiegend kritisch beurteilt, da der positive Effekt dieser Investitionen als fraglich angesehen wird  
*„Man kann ja andere Länder unterstützen, weil, wenn wir in Not sind, würden wir uns das ja auch wünschen. Aber wenn man es mitbekommt, dass gefühlt ständig überall die Hand aufgemacht wird und Deutschland denkt sich so, hier, nehmt alle, dann denkt man sich auch so, wer würde uns helfen in so einer Situation? Gefühlt keiner.“ / „Weil die Flüchtlingspolitik einfach Blödsinn ist. Das sollten die lieber an die eigenen Leute ausgeben, speziell an die Kinder.“*

## Die Hypothese löst meist eine differenzierte Diskussion aus und wird weder eindeutig bestätigt noch abgelehnt: Es kommt auf den jeweils betrachteten Bereich an.

*„Nein, das sehe ich nicht so. Profitieren, definitiv, wenn es in die Bildung geht. Da wird langfristig davon profitiert!“*

*„Ein Teil wird immer leiden, das ist so!“*

**Wenn der Staat für einen Teil der Gesellschaft mehr Geld ausgibt, wird dann automatisch ein anderer Teil darunter leiden oder kann davon auch die ganze Gesellschaft profitieren?**

*„Also, ich muss das zwei Mal lesen, um es zu verstehen.“*

*„Kommt drauf an, wofür man das Geld ausgibt. Wenn es in die Bildung geht, profitieren wir alle davon. Und wenn zum Beispiel das Ausland weiter finanziert wird, natürlich profitieren wir davon nicht.“*

*„Grundsätzlich kann das schon so sein, dass die ganze Gesellschaft davon profitiert, aber man muss immer den Einzelfall betrachten!“*

## Bestimmte Investitionen – vor allem die befürworteten Zukunftsinvestitionen – gelten mehrheitlich als vorteilhaft für alle, ohne dass Gewinne für eine Gruppe Verluste für andere bedeuten. Eine Minderheit sieht hingegen das Risiko von Verteilungskonflikten.

- Meinungen zu der Verteilung von Investitionen bezogen auf die Hypothese sind differenziert [Mehrheit]:
  - Förderung von manchen Gruppen geht nicht zwangsläufig mit Verlusten für andere einher  
*„Das sehe ich nicht so. Nur weil einer ein Plus kriegt, kriegt der andere ja kein Minus. Sondern er bleibt auf dem Level. Das heißt, wenn ich jetzt zum Beispiel für Familien mehr Geld ausbebe, bleiben ja die Kinderlosen jetzt zum Beispiel, die leiden ja nicht darunter.“*
  - Adäquater Mitteleinsatz kann der gesamten Gesellschaft helfen: kein Nullsummendendenken insbesondere in Bereichen, in denen man sich stärkere Investitionen wünscht  
*„Wenn mehr Geld investiert wird in Polizei, profitiert die Gesellschaft davon. Sie ist wieder sicherer, man kann abends auch alleine durch die Stadt laufen.“*  
*„Ja, eben die Prävention, weil das wieder geradezubiegen ist schwieriger. Wenn ich Jugendliche, Jugendclubs und so weiter fördere, kostet das Geld, aber wenn die sonst eben arbeitslos sind, schlechte Bildung, Knast, straffällig, kostet das irrsinnig viel Geld.“*  
*„Also im Endeffekt profitieren wir alle von Bürgergeld, weil, wenn es das nicht geben würde, du hättest so große soziale Konflikte in einem Land, wenn du kein Auffangnetz hättest. Die Kriminalität würde hoch gehen. Wenn man mal nach Südamerika guckt, da gibt es auch Leute, die wohnen in Villas. Aber die müssen die mit Maschinengewehren bewachen. Weil einfach eine viel größere Spanne an sozialen Konflikten da ist.“*
- Nullsummendendenken erscheint nachvollziehbar [Minderheit] v.a. bei Bereichen, in denen man weniger Investitionen wünscht  
*„Wo es ein Plus gibt, da wird es erstmal ein Minus geben. Ob irgendwo verringert wurde oder Kredit aufgenommen worden ist, ist im Prinzip ja erstmal ein Minus.“*  
*„Wenn ich zu viel in die Bundeswehr investiere, dann fehlt es in der Bildung, in der Schule.“*  
*„Ich traue mich das eigentlich gar nicht zu sagen, weil ich es so schrecklich finde, aber wenn der Staat noch mehr Obdachlosenheime und Obdachlose unterstützt, dann kriegen wir nichts zurück.“*

Hintergrund und Methode

Zusammenfassung der Studie

Wirtschaftliche Lage und Wirtschaftspolitik

Finanzen, Ausgaben und Sparmaßnahmen

› **Steuern und mögliche Steuerreformen**

## Steuersystem in Deutschland: Spontane erste Reaktionen

### Relevanz und allgemeine Wahrnehmung des Steuersystems

Die Relevanz von Steuerzahlungen ist allen Befragten bekannt. Diese werden mehrheitlich als probates Mittel zur Finanzierung wichtiger Bereiche des Staates angesehen, auch wenn die Allokation der Mittel nicht immer als adäquat empfunden wird.

In der öffentlichen Wahrnehmung wird das Steuersystem überwiegend negativ beschrieben. Es gilt als sehr komplex, teilweise intransparent, herausfordernd und ungerecht. Zudem werden im Zusammenhang mit Steuern auch immer die Sozialabgaben thematisiert, die ebenfalls als überaus belastend wahrgenommen werden. Eine klare Unterscheidung zwischen Sozialabgaben und Steuern wird nicht immer getroffen.

Die Besteuerung bestimmter Bereiche, wie die Besteuerung von Renten und Schenkungen sowie weniger bekannter Steuern wie Schaumweinsteuer oder Vergnügungssteuer, wird kritisch hinterfragt und ebenso als unverständlich, ungerecht und belastend empfunden.

Teils bestehen Fehlinformationen/-annahmen, die auf die Bundesregierung negativ einzahlen zum Beispiel: Steuerfreiheit von Beamten, Politikern, Wegfall von Steuerfreibeträgen wie dem Kinderfreibetrag.

**Steuersystem**  
Wie beurteilen Sie das aktuelle Steuersystem?

„Ich finde das Steuersystem eigentlich vom Prinzip her, von der Idee her total schlau, aber es ist halt eben, wie wir schon oft gesagt haben, einfach komplett falsch verteilt.“

„Zu hoch. Sehr abgehoben. Überirdisch.“

„Ungerecht, keine Progression.“

„Die Steuergesetze sind zu umfangreich. Und ja, man kann es nachlesen. Ich kann aber auch von hier bis Russland laufen, wenn ich das will, kann ich das. Aber es dauert halt wahnsinnig lange.“

„Es ist für den Otto Normalverbraucher, der er zahlen muss, nicht so einfach, rauszufinden, wohin geht das Geld und warum ist die Steuer so, wie sie ist.“

„Unlogisch, mal da 7%, mal da 19% warum auch immer.“

„Ich sage ungerecht, [...] Es ist nur noch leider keiner dahintergekommen, irgendwie da was zu tun, aber auch für mittelständische Unternehmen, die ihre Steuervorauszahlung machen müssen für das Jahr, wo sie noch gar nicht erwirtschaftet haben. Es kann ja sein, das wieder so ein Corona-Jahr kommt. Trotzdem müssen sie das ja erst mal diese Steuern vorauszahlen. Und das bringt die in Schief lagen, was viele dann auch zu Konkurs führen. Dieses Steuerrecht ist da ein bisschen (...) leider unflexibel und auch schlecht gemacht.“

## Die Verständlichkeit des aktuellen Steuersystems variiert; es wird jedoch häufig als zu komplex, zu umfangreich und wenig nachvollziehbar wahrgenommen.

### Aufteilung der Wahrnehmung des Steuersystems in drei Kategorien – Verständlichkeit, Gerechtigkeit und Belastung

Gar nicht ● ● ● ● Ganz und gar

Das Steuersystem wird sehr ambivalent von Befragten wahrgenommen. Die Lohnsteuer ist von allen Steuern ein besonders präzentes Beispiel. Die Verständlichkeit und Komplexität werden stark von der individuellen Lebenssituation beeinflusst. Während einige die Lohnsteuer aufgrund von Steuerberatung oder wenigen Abzügen als relativ verständlich empfinden, wirkt sie für andere aufgrund der Formularvielfalt, sprachlichen Ausgestaltung, zusätzlicher Steuerpflichten komplex und schwer nachvollziehbar. Allgemein ist zu beobachten, dass die Unterscheidung zwischen Sozialabgaben und Steuer kaum getroffen wird. Für die Mehrheit der Befragten werden die meisten Abzüge als Steuern wahrgenommen.

Besonders die Besteuerung von bereits versteuertem Einkommen (z.B. bei Renten oder Schenkungen) wird kritisch hinterfragt. Zudem herrscht Unklarheit darüber, wie die erhobenen Steuergelder verwendet werden, was das Gefühl der Intransparenz, das Befragte haben, verstärkt.

Generell gilt in Bezug auf Verständlichkeit:

- Sehr individuelle Perspektiven: Relativ verständlich vs. sehr komplex [überwiegend]  
„Wenn man mehr Ausgaben hat, muss man mehr ausfüllen, natürlich. Es kommt drauf an, was für Ausgaben man hat.“
- Hoher und belastender Arbeitsaufwand um Nachvollziehbarkeit/ Verständnis herzustellen „Es bedarf schon ganz schön viel Einarbeitung tatsächlich, um das zu verstehen.“
- Fehlende Transparenz bezüglich Steuern/ Abgaben bzw. deren Unbekanntheit z.B. Kinderlosenzuschlag
- Häufige Änderungen im Steuerrecht
- Fehlende Transparenz bezüglich konkreter Nutzung der Steuergelder [teils]
- Schwierigkeiten beim Verständnis von Abkürzungen/ Bezeichnungen in der Lohnsteuererklärung [teils]
- Unverständlicher Umgang mit Pauschalbeiträgen: Direkte Berücksichtigung in der Lohnabrechnung statt in der Lohnsteuererklärung wäre bevorzugt [selten]

### Zitate von Befragten

„Ich finde, wenn man sich damit beschäftigt und sich da irgendwie rein liest, dann ist es auch verständlich. Also es macht dann alles Sinn. Das Problem, was ich zum Beispiel sehe, ist, warum gibt es bestimmte Pauschalen und Steuerfreibeträge, die man erst innerhalb einer Steuererklärung zurückbekommt. Warum wird von meinem Gehalt vorher Steuern abgezogen, aber da werden diese ganzen Pauschalbeträge noch nicht berücksichtigt. Das heißt also, der Staat verdient einfach Geld damit, dass es für Leute zu kompliziert ist, eine Steuererklärung zu machen.“

„Für mich ist es einfach. Also, weil ich nicht so viel... kein Vermögen habe, nichts angeben muss.“

„Wenn man dann überlegt, was es da halt so für Sachen gibt, was man so machen kann, um mehr Steuern zurückzuverlangen, das würde ich jetzt so als Normaler nie wissen.“

„Also das System ist definitiv zu kompliziert. Ich habe mich da selber mal durchgearbeitet. Es ist für mich als durchschnittlich intelligenten Menschen schon manchmal sehr, sehr schwierig, es zu verstehen. [...] Also da waren Wörter, ich weiß es jetzt nicht mehr, aber die musste ich echt googlen, was bedeutet das eigentlich, was wollen die hier von mir.“

„Ich habe ja nicht viel abzusetzen. Warum sind das so viele Formulare? Gibt es nicht ein Formular für so einen ganz normalen Gehaltsempfänger wie mich? Ein einziges Formular würde doch reichen.“

Also was du zahlst, ist ersichtlich, was danach passiert, ist halt nicht ersichtlich.

## Das aktuelle Steuersystem gilt weitgehend als wenig gerecht. Befragte sehen deutliche Ungleichheiten in der Steuerlastverteilung zwischen Bevölkerungsgruppen.

### 2) Gerechtigkeit

Gar nicht ●●●●● Ganz und gar

Das Steuersystem wird größtenteils nicht als gerecht wahrgenommen – ungleiche Verteilung der Steuerlast auf verschiedene Gruppen in der Gesellschaft:

- Gruppe mit höherer steuerlicher Belastung v.a. der Mittelstand und Personen mit niedrigem Einkommen (Alleinerziehende, Familien, Personen mit niedrigem Einkommen, kleine Unternehmen)
- Gruppen mit geringerer steuerlicher Belastung v.a. Personen mit besonders hohem Einkommen, Großkonzerne  
*„Wenn Millionäre, wenn die es richtig anstellen, unter 1% Steuern im Monat zahlen, dann finde ich das alles andere als gerecht, wenn ich meine Lohnabrechnung angucke.“ / „Ja, aber Unternehmen wie Amazon und TEMU machen Umsätze ohne Ende. Die bezahlen keine Steuern. Wenn ich mal vergesse, einen Strafzettel zu bezahlen, dann kriege ich bitterböse Briefe.“*
  - Bessere Möglichkeit, Steuern zu sparen oder zu umgehen durch unter anderem ‚Schlupflöcher‘  
*„Unternehmen, die also richtig viel Geld haben, und die nutzen diese Schlupflöcher“/ „Die Schlupflöcher, die es gibt, weil große Konzerne zum Beispiel zahlen viel weniger Steuern im Verhältnis als die Hausfrau.“*
  - Teils Fehlinformationen über eine angebliche Steuerbefreiung von Beamten und Politikern

### Weitere wahrgenommene Ungerechtigkeiten...

- durch wahrgenommene Mehrfachbesteuerungen: Rente, Kapital, bestimmte Produkte wie Benzin (u.a. Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer (*Anmerkung:* heute Energiesteuer aber immer noch als Mineralölsteuer im Gedächtnis der Bevölkerung, CO<sup>2</sup>-Steuer)
- zwischen Ehepersonen – Höhere Besteuerung niedriger Einkommen
- zu niedrige Beitragsbemessungsgrenzen z.B. Rentenbeiträge, Krankenkassenbeiträge [teils]
- in der wahrgenommenen Kompetenz/ Finanzwissen v.a. empfundene Vorteile für gebildete Besserverdienende  
*„Dafür brauchst du Zeit, um dich damit zu befassen. Es hat ein Großteil der Gesellschaft nicht, weil die halt nun mal arbeiten, haben vielleicht noch Kinder zu betreuen. Und dann kommt man nicht dazu. Und wenn du ein bisschen mehr Geld hast, dann bist du vielleicht in dem Bereich ein bisschen gebildeter und weißt auch, wo du Steuern sparen kannst.“*

### Zitate von Befragten

*„Ja, überhaupt nicht gerecht. Ja, wenn man jetzt überlegt, ein normaler Haushalt, beide arbeiten, haben irgendwie ein Bruttogehalt von 6000 Euro. Am Ende wird fast die Hälfte abgezogen. Und da hat man jemanden, der 100.000 brutto verdient, und bei dem werden 10.000 abgezogen. Also, das finde ich schon ungerecht.“*

*„Gewisse Großkonzerne zahlen auf jeden Fall viel zu wenig Steuern. Aber das ist überall so, nicht nur bei den bei uns ansässigen Unternehmen. Das Problem ist aber, ja, was willst du machen? Wenn du die quasi höher besteuert, werden die unattraktiver als Arbeitgeber. Beziehungsweise, überlegen sich dann doch vielleicht, in ein anderes Land umzuziehen. Wo auf lange Sicht sich mehr sparen lässt. Und dann verlieren wir wieder Arbeitsplätze, dann haben wir mehr Belastung im Bürgergeldbereich. Und das ist wirklich sehr schwierig.“*

*„Ich finde, das ist ein Unding. Entschuldigung, aber wo gibt es denn sowas? Man arbeitet bis 67 und dann darf man noch weiter Steuern zahlen auf die Rente, die man bekommt.“*

*„Ich glaube schon, dass das einigermaßen gerecht verteilt ist. Wie gesagt, die Reichen meiner Meinung nach können auch prozentual gesehen oder proportional zum Gehalt gesehen mehr zahlen. Aber ansonsten finde ich das schon.“*

*„[...] bei der Kapitalertragssteuer ist der Solidaritätszuschlag nicht gestrichen worden. Das wissen nur die Wenigsten, das wissen nur die, die Kapitalertragssteuer bezahlen. Es sind so Dinge, wo ich sage, hier ist der Staat nicht fair in seinem Steuersystem dem Bürger gegenüber.“*

## Vereinzelt nehmen Befragte Ansätze wahr, um das Steuersystem gerechter zu gestalten.

### 2) Gerechtigkeit

Gar nicht ● ● ● ● ● Ganz und gar

#### Vereinzelt gibt es positive Nennungen...

- Steuerprogression bei der Einkommenssteuer, ABER Spitzensteuersatz setzt gefühlt zu früh ein [v.a. H]
- Geringe Steuerlast für niedrige Einkommen, ABER oft hohe Sozialabgaben
- Familienbegünstigungen: Geringere Steuerlast für Ehepaare und Familien mit Kindern [selten]

#### Zitate von Befragten

„Ja, die wollen jetzt im nächsten Jahr die Freibeträge weiter anpassen, die werden erhöht. Das hat man früher nicht gemacht. Das hat dazu geführt, dass der Spitzensteuersatz schon relativ früh greift. Das war ganz ursprünglich nicht gedacht, sondern der Spitzensteuersatz sollte halt auch nur die Spitze treffen.“

„Ich finde das positiv. Wenn man weniger verdient, wird man nicht mit so viel Einkommensteuer belastet.“

„Ich habe jetzt einen Mini-Job, ich glaube, das geht bis 850 oder 900 Euro, da musst du keine Steuern zahlen. Du musst aber Sozialabgaben zahlen.“

„Natürlich wenn ich jetzt verheiratet bin und Kinder habe, zahle ich halt alles ein bisschen weniger.“

„Ich meine, sie haben auch wieder gesagt, sie wollen jetzt diesen Kinderfreibetrag erhöhen oder so, dass Familien entlastet werden.“

## Das gegenwärtige Steuersystem wird aufgrund seiner Komplexität und seines Umfangs sowohl mental als auch finanziell als belastend wahrgenommen.

### 3) Belastung

Gar nicht ●●●●● Ganz und gar

Das Steuersystem wird sowohl finanziell als auch emotional als stark belastend wahrgenommen:

- Emotionale Last zeigt sich in verschiedenen Ausprägungen:
  - Auseinandersetzung mit der Lohnsteuer
  - Furcht vor Nachzahlungen  
*„Man hat manchmal Angst, dass man nachzahlen muss.“*
  - Furcht vor Fehlern in der Abgabe der Steuererklärung und deren Konsequenzen (sowohl im privaten wie auch im beruflichen Kontext als Selbstständige:r/Kleinunternehmer:in)
- Finanzielle Last der Steuern:
  - Unterschiedliche Besteuerung von Produkten u.a. unterschiedliche Mehrwertsteuersätze auf Produkte des täglichen Bedarfs
  - Gefühl, dass eigens erwirtschaftete Gelder mehrfach besteuert werden u.a. Schenkungssteuer, Besteuerung der Rente etc.
  - Empfundene kalte Progression *„Der Steuersatz steigt halt, je mehr man verdient, umso höher wird der Steuersatz, und das führt dann unter Umständen dazu, ich kriegen einen Fünfer mehr, zahle aber 10 Euro mehr Steuern (lacht) und habe dann trotz 5 Euro mehr Gehalt 5 Euro weniger in der Tasche.“*

Insbesondere die Einkommenssteuer, Lohnsteuer, Schenkungssteuer sowie die Besteuerung von Renten und Erbschaften werden als erhebliche Belastung wahrgenommen. Auch Sozialabgaben (meist als Steuern wahrgenommen) gelten häufig als finanzielle Belastung.

Zudem wird die Erhebung bestimmter Steuern und Abgaben kritisiert, die häufig als versteckt wahrgenommen werden, wie etwa die Biersteuer, der Kinderlosenzuschlag oder der Solidaritätszuschlag auf Kapitalerträge. Auch die Kirchensteuer stößt auf Ablehnung, da sie als unvereinbar mit der Trennung von Staat und Kirche betrachtet wird.

### Zitate von Befragten

*„Ich glaube, dass die Bevölkerung ja an sich den größten Batzen an Steuern zahlt. Also nicht die Firmen oder Big Player oder sonst irgendwas. Sondern die Masse einfach der deutschen Bevölkerung zahlt ja die meisten Steuern.“*

*„Man hat manchmal Angst, dass man nachzahlen muss.“*

*„Ja, ungerecht zum Teil, was die Benzinversteuerung betrifft, also die Leute derart zu schröpfen, das ist einfach nur eine Unverschämtheit, als ob wir zum Spaß mit dem Auto draußen rumfahren. Nein, 90 Prozent der Menschen benutzen das, um zur Arbeit zu fahren, und das finde ich einfach unverschämt. Der Sprit kostet eigentlich, ich weiß es nicht, ich sage mal 30 Cent, und der ganze Rest sind nur Steuern. Und das finde ich so unverschämt.“*

*„Eine Steuer auf Menstruationsprodukte, das ist einfach nur Humbug. Ich suche mir das ja nicht aus.“*

*„Als ich noch meine Steuererklärung selber machen musste, hat mich dieses System sehr belastet. Mich hat das wirklich psychisch belastet, weil ich habe das immer vor mir hergeschoben, quasi bis zum vorletzten Tag, habe dann dreimal in die Tischkante gebissen, den Tränen nahe. Mich hat das belastet, dieses Steuersystem.“*

*„Man hat eben diese kleine versteckte Kinderlosensteuer. Weil darum werden auch Personen, die Kinder sich wünschen, aber keine bekommen, auch bestraft. Das ist auch so eine, die ist so richtig ein Gong ins Gesicht.“*

*„Und selbst wenn du was nicht verstehst und du machst das falsch, kannst du dich ja nicht darauf berufen, dass ich das nicht verstanden habe. Sondern du musst es verstehen. Und wenn du was falsch gemacht hast, dann bezahlst du die Strafe dafür.“*

## Reformbemühungen des Steuersystems sind kaum bekannt. Breite Skepsis im Hinblick auf mögliche Reformvorschläge – Furcht vor zusätzlichen finanz. Belastungen.



- Allgemein werden Reformbemühungen im Steuersystem kaum wahrgenommen und auch nicht zwingend erwartet.  
*„Da habe nichts mitbekommen.“/ „Aber ich denke mal, unser Staat hat gerade andere Probleme, als jetzt das Steuersystem zu durchdenken.“*
- Nur vereinzelt können Maßnahmen konkret benannt werden z.B. die Erhöhung von Steuerfreibeträgen, Besteuerung von Wohlhabenden, Abschaffung der Steuerklassen 3/5.
- Konkrete Pläne oder Vorschläge zur Reformierung waren auch nach direkter Nennung nur teils bekannt. Auf den folgenden Seiten wird die Bewertung der Vorschläge näher erläutert.
- Der allgemeine Tenor zu den besprochenen Maßnahmen ist eher ambivalent. Befragte sorgen sich um eine weitere Belastung des Mittelstands.
- Generell stößt die Einführung zusätzlicher Steuern sowie Steuererhöhungen auf Kritik. Teils vertreten Befragte die Ansicht, dass der Staat bereits ausreichend Einnahmen von der Bevölkerung erzielt, diese jedoch ineffizient verwendet bzw. fehlgeleitet allokiert werden u.a. auf Basis des Schwarzbuches des Bund der Steuerzahler  
*„Bei den 60, 70% die der Staat komplett von jedem Bürger bekommt, muss auch mal Schluss sein. Und die müssen halt mit dem Geld mal wirtschaften können. Und wenn das nicht funktioniert, dann müssen wir das System grundsätzlich mal angucken.“*

## Pläne zur Abschaffung der Steuerklassen 3 und 5 sind vielen bekannt. Sie werden teils als bevormundend empfunden und der Mehrwert für Verheiratete als sehr gering wahrgenommen.

Folgend die Beurteilung von Reformvorschlägen (durch die Moderation in die Gruppendiskussion eingebracht):

### Abschaffung von Steuerklasse 3 und 5

- Bekanntheit: Häufig bekannt bzw. schon mal in den Medien gehört
- Verständnis/Beurteilung: Kein großer Mehrwert/ Verbesserung für Betroffene wahrgenommen; teils kein klares Verständnis über die genauen Auswirkungen z.T. auch Fehlkonzeptionen
  - Teils als Mehrbelastung vermutet v.a. für Partnerschaften mit hohem Lohngefälle, mehr Bürokratie aufgrund der Steuererklärung
  - Teils als wenig relevant empfunden: Steuerklasse 4 schon immer möglich oder als geringfügige Änderung wahrgenommen

„Ich war auch erst total panisch. Und dann habe ich das aber auch genau so gelesen. Einmal habe ich es im Monat und einmal habe ich es am Jahresende. Es ändert sich nicht. Ob 3, 5 oder 4, es ändert sich für mich selber, für meine Familie, für das Familieneinkommen nicht so viel. Nur es ist halt ein bisschen mehr Bürokratie.“
  - Teils Tonalität und Begründung der Reform als paternalistisch empfunden [v.a. Frauen]

„Aber die Frau kann auch jetzt in IV rein. Wo ist das Problem? Haben wir keine anderen Probleme?“ / „Ich finde ja mit welcher Begründung sie das abschaffen wollen: 'Damit die Frau nicht schlechter gestellt ist'. Die Frau wird da schon wieder in so eine Rolle gedrängt als wäre die Frau sowieso diejenige, die immer weniger verdient.“

### Zitate von Befragten

„Also beides, weil mir ist es eigentlich völlig egal, weil ich glaube, 3 und 5 ist eigentlich unterm Strich auch wie 4/4.“

„Entweder du hast am Monat mehr oder am Ende des Jahres mehr. Es ist genau so. Und wenn du selber das machst, kriegst du noch ein bisschen was am Ende des Jahres zurück an Steuern.“

„Genau, beide sollen dann in IV oder so ähnlich, aber da sind ja die Männer schon am Jammern, so um Gottes Willen, ja, dann verdiene ich ja weniger. Dann fühlen die sich schon wieder so runtergesetzt. (...) Also bezahlen müssen wir eh“

„Ich finde es auch wirklich Schwachsinn, jeder kann das jetzt freiwillig machen. Gehen wir in IV, dann bräuchten wir das nicht verpflichtend machen. Warum?“

„Aber diese Frau kann auch jetzt in IV rein. Wo ist das Problem? Haben wir keine anderen Probleme?“

„Wenn es gleich bliebe, müsste man es ja nicht abschaffen. (...) Oder irgendwie verbessern. Also irgendein Grundgedanke bei einer Verbesserung wird ja da schon da gewesen sein.“

„Also für uns persönlich ist es Mist. Ich glaube, bei mir würde sich nicht viel ändern von der Steuerklasse, aber er würde halt eben weniger bekommen. Für unsere Situation wäre das quasi Mist.“

„Da gab es mal diese Begründung, deswegen schaffen wir es ab, dass wenn die sich dann mal trennen, die Frau eben halt nicht da steht. Ich weiß nicht, ich finde, das sollte jedes Paar selber wissen, ob es das macht. Also mir persönlich ist es völlig wurscht.“

## Die Diskussion um die Erbschaftssteuer wird ambivalent betrachtet: Einerseits weckt sie Sorgen wegen der Belastung des Mittelstands; wird andererseits jedoch akzeptiert, sofern sie nur für besonders Vermögende gilt.

### Diskussion um die Erbschaftssteuer

- Bekanntheit: Häufig bekannt durch private Fälle oder Medien
- Verständnis/Beurteilung: Sehr ambivalent wahrgenommen unter Befragten, mehrheitlicher Tenor, dass vor allem die Mittelschicht nicht weiter belastet werden darf
  - Perspektive abhängig von der Höhe des Erbes: Einzelnes Haus von den Eltern in guter Lage (Erbschaftssteuer als belastend empfunden) vs. ein umfangreiches Immobilienportfolio als Kapitalanlage (Erbschaftssteuer eher toleriert)
  - Befürchtung: Große finanzielle Belastung auf illiquides Vermögen des Mittelstands
- Optimierungsvorschläge von Befragten:
  - Weitere Erleichterungen für den Mittelstand gegen den Wohlstandverlust (z.B. durch höhere Freibeträge vor allem beim ersten Verwandtschaftsgrad)
  - Prozentuale Versteuerung für alle (auch Millionenerben)

### Zitate von Befragten

„Wir haben ein Haus geerbt, was, wie [Name] sagte, de facto auch sehr viel wert ist. Aber im Prinzip fast abbaufähig. Also da muss so viel rein investiert werden, dass sich das auch keiner von uns leisten kann. Und aufgrund dessen wir in die Zwangslage kommen, dass wir es aufgrund der Erbschaftssteuer, die sich auch keiner leisten kann, verkaufen müssen. Ja, obwohl, ja, die Oma drin gelebt hat und es wäre echt süß, wenn meine Mama da noch einziehen könnte.“

„Also, ich finde eine Erbschaftssteuer tatsächlich völligen Blödsinn. Weil das Problem einfach ist, wenn ich jetzt irgendwas erbe, unverhofft, sag ich jetzt einfach mal. Ich erbe etwas und muss darauf und ich sage jetzt mal, das ist nur ein Haus, das aber jetzt an sich keinen Wert mehr hat. Ein Altbau, das Grundstück hat keinen Wert oder sonst noch was. So, und dann habe ich A mit dem Tod des Verwandten zu kämpfen. Dann B muss ich dann dafür noch Steuern jetzt bezahlen, dass ich etwas geerbt habe.“

„Ich bin auch ein bisschen zweigeteilt, also in der Familie auch, wo man sein Haus vererbt oder sonst was, also ich bin da auch ein bisschen zwei- und dreigeteilt. Also wenn jemand natürlich, was weiß ich, (...) ein Vermögen erbt und nie dafür was getan hat, also da einen gewissen Teil, sage ich mal, vielleicht der Gesellschaft wieder zurückgibt. Ich sagte mal, wenn ich 5, 6 Millionen erbe, dann hat das Kind es nicht allein erarbeitet.“

„An der Erbschaftssteuer könnte man ein bisschen drehen. Ich habe auch Kollegen, die auf einem Millionenvermögen sitzen, weil die einfach vier, fünf Häuser hier geerbt haben. Und die dafür aber nahezu nichts groß an den Fiskus abdrücken mussten.“

## Ambivalentes Stimmungsbild zu hohen Steuern für hohe Einkommen und Vermögenssteuer. Sie rufen ebenfalls Bedenken hinsichtlich einer zusätzlichen Belastung des Mittelstands hervor, andererseits könnten zusätzliche Einnahmen generiert werden.

### Diskussion über höhere Steuern für höhere Einkommen

- Bekanntheit: Teils bekannt
- Verständnis/Beurteilung: Sehr ambivalent wahrgenommen unter Befragten, mehrheitlicher Tenor, dass vor allem die Mittelschicht nicht weiter belastet werden darf – Stichwort: „Leistung darf nicht bestraft werden.“
  - Befürchtung: Abwanderung von weiteren Fachkräften mit gutem Gehalt bei höherer Besteuerung
  - Höhere Steuern für besonders hohe Einkommen durchaus akzeptiert (Grenze sollte jedoch hoch genug angesetzt werden z.B. 200.000€ oder 1 Million Euro)
- Optimierungsvorschläge von Befragten:
  - Anpassung des Höchststeuersatzes: Größere Differenzierung der Besteuerung zwischen Gutverdienern und Topverdienern  
*„Es ist schon auf jeden Fall so, dass wirkliche Topverdiener am Ende vielleicht genauso viele Steuern zahlen müssen, wie jemand, der wirklich gut verdient. Also das ist dann schon eine große Grenze, sage ich mal, oder ein großer, hoher Anteil, wo man vielleicht nochmal differenzieren könnte, wie hoch dann die Steuern sind.“*

### Diskussion über eine Vermögenssteuer

- Bekanntheit: Teils bekannt, dass dies diskutiert wird, oft aber unbekannt oder auch Fehlannahmen: mit anderen Steuern z.B. Kapitalertragssteuer gleichgesetzt  
*„Ja, man spart ja eigentlich, um Rücklagen zu haben. Und dann muss man doch wieder was davon abgeben.“*
- Verständnis/Beurteilung: Sehr ambivalent wahrgenommen unter Befragten, mehrheitlicher Tenor auch hier, dass vor allem die Mittelschicht nicht weiter belastet werden darf
  - Befürchtung: Weitere Belastung auf persönliches Vermögen v.a. in der Mittelschicht (weitere Besteuerung auf bereits besteuertes Geld)
  - Teils Verständnis für staatliches Interesse, brachliegendes Vermögen wieder in den Wirtschaftskreislauf zu bringen

### Zitate von Befragten

*„Darüber hinaus haben die ja auch in gewisser Art und Weise dafür gearbeitet. Zum Beispiel die ganzen Ärzte und so weiter. Und wenn sie die Steuern noch weiter erhöhen, haben wir noch mehr, über diese 300.000 Fachkräfte, die jedes Jahr abwandern, noch hinaus. Und ich denke, die sind ausreichend belastet.“*

*„Ein sehr hohes Einkommen, das geht dann auf 200.000 im Jahr, würde ich sagen, das ist sehr hoch.“*

*„Ich glaube schon, ich glaube schon. Es gibt auf jeden Fall Steuern, die quasi das [Anmerkung: eine Vermögenssteuer] sind. Wir haben eine Kapitalertragssteuer, wir haben eine Erbschaftssteuer. Das sind ja... Grunderwerbssteuer. Das sind ja alles Sachen, die mit dem Vermögen...“*

*„Die wichtigste Frage ist auch, ab wann reden wir dann von Vermögen?“*

*„Schlechte Sache. Das finde ich tatsächlich schlecht. Weil die, ich sag mal, selbst wenn ich das Geld jetzt erwirtschaftet habe, habe ich ja darauf Steuern bezahlt. Einen prozentualen Anteil an die Gesellschaft. Also, warum soll ich dann nochmal eine Steuer zahlen, nur weil ich mein Geld jetzt horte? Wenn ich mein ganzes Leben lang mein ganzes Geld gespart hätte, wäre ich vielleicht auch schon Millionär. Warum sollte ich denn darauf, auf die Millionen, die ich irgendwo liegen habe, nochmal Steuern zahlen?“*

*„Das ist unfair [Anmerkung: Erhebung einer Vermögenssteuer], verstehe ich, aber ich verstehe schon auch irgendwo den Ansatz, dass dann gesagt wird, ich möchte, dass das wieder in diesen Wirtschaftskreislauf reinfällt.“*

## Das Ehegattensplitting wird häufig verwechselt mit der Diskussion zur Reform der unterschiedlichen Steuerklassen 3 und 5. Auch weitere Maßnahmen werden kritisch beurteilt.

### Diskussion zum Ehegattensplitting

- Bekanntheit: Diskussion darüber, dass das Ehegattensplitting künftig durch ein Familiensplitting ersetzt werden könnte, mehrheitlich unbekannt
- Verständnis/Beurteilung: Meist von den Befragten falsch verstanden:
  - Überwiegende Gleichsetzung mit der Verortung der Steuerklassen in der Partnerschaft und Verknüpfung mit der Abschaffung von Steuerklasse 3 und 5

### Zudem wurden von vereinzelt Befragten weitere Reformvorschläge genannt und beurteilt:

- **Erhöhung der Sozialabgaben:** Vereinzelt bekannt, meist kritisiert
- **Steuerliche Verbesserungen der Mini- und Midi-Jobs:** Vereinzelt bekannt, positiv bewertet [selten, eher N]
- **Bemühungen zur Minderung der kalten Progression:** Vereinzelt und nur bruchstückhaft bekannt; Kritik, dass die Verbesserung der Steuersätze durch höhere Sozialabgaben zunichte gemacht wird

### Zitate von Befragten

*„Ich weiß noch nicht mal, was es bedeutet, tut mir leid.“*

*„Das ist quasi nur eine andere Form von Steuerklasse 3 und 5.“*

*„Das ist auch steuerlich, glaube ich. Das ist irgendein Steuerding.“*

*„Ich weiß es nicht mehr genau. Ich weiß nur, das lohnt sich nur, wenn einer besser verdient und der andere viel schlechter verdient.“*

*„Das machen wir zum Beispiel. Er ist, glaube ich, die Steuerklasse, wo er mehr Vergünstigungen hat, wo er mehr Geld hat. Er ist ja der Hauptverdiener. Ich gehe ja gefühlt nur mit knapp, also netto knapp 900 raus, und er geht ja mit fast das Doppelte oder Anderthalbfache raus. (...) Deswegen haben wir es so aufgeteilt, dass er mehr die Vergünstigungen hat. Er hat auch beide Kinderfreibeträge, während ich null habe, weil das ist da einfach mehr.“*

*„Man wechselt zwischen verschiedenen Steuerklassen. Dass dann letztendlich der Ehepartner, der weniger, ein geringeres Bruttoeinkommen hatte in eine Steuerklasse geht, wo man mehr Abgaben zahlt. Sodass der, der ein höheres Bruttoeinkommen hat, in eine niedrigere Steuerklasse geht und im Endeffekt mehr Geld für beide da sein sollte, im besten Fall. Was aber auch nicht immer Sinn macht. Wenn beide ganz viel verdienen (dann ist es egal).“*

*„Doch, ich finde das positiv. Wenn man weniger verdient, wird man nicht mit so vielen Einkommensteuern belastet. Zum Beispiel begrenzt, ich glaube, (...) 1.600 Euro brutto, wenn man das verdient, muss man keine Lohnsteuer bezahlen.“*

## Eine Reform des Steuersystems erscheint notwendig und sollte nach Wunsch der Befragten v.a. den Mittelstand entlasten durch Reformen auf unterschiedlichen Ebenen.

**Ganz allgemein sehen die Befragten die Regierung in der Pflicht, das Steuersystem zu reformieren. Allerdings überwiegen hier die Zweifel, ob die Regierung für diese Belastung gewappnet ist.**

Die Bierdeckel-Referenz von Friedrich Merz (eine Steuererklärung, die so einfach ist, dass sie auf einen Bierdeckel passt) ist den Befragten noch deutlich präsent und wird grundsätzlich als positives Konzept wahrgenommen. Allerdings wird dessen Umsetzung als derzeit wenig realistisch eingeschätzt.

**Allgemeine Wünsche bezüglich einer Reformierung des Steuersystems aus Bevölkerungssicht werden aufgrund der hohen Komplexität lediglich vereinzelt genannt. Im Folgenden werden die Wünsche aufgeführt:**

- Steuersystem-Vereinfachung: Einfache und klar verständliche Steuersysteme werden bevorzugt, etwa durch einfache oder direkte Anrechnung von Pauschalen wie zum Beispiel für Werbungskosten und Fahrtkosten, um den Aufwand zu reduzieren
- Größerer Kompetenzaufbau/-aufklärung zu Steuern u.a. bereits in der Schule, aber auch durch verständliche Informationsangebote (z.B. Websites) oder proaktive Information von verantwortlichen Finanzbeamten:innen
- Spürbarer Abbau von Bürokratie für Wirtschaft (Unternehmen v.a. im Mittelstand und Privatpersonen)  
*Hinweis:* Vereinzelt war das Bürokratienteilungsgesetz IV bekannt, aber wurde als nicht ausreichend empfunden
- Besteuerung aller und deren Überprüfung (Einzelpersonen wie auch Unternehmen)
  - Abschaffen von Deckelungen bei Steuern/ Abgaben für mehr Gerechtigkeit: Auch bei hohen Einkommen sollten prozentuelle Abgaben geleistet werden
  - Prüfung und Verhinderung von möglichen Schlupflöchern
- Höhere Freibeträge bei der Erbschaftssteuer, um z.B. ein einfaches Eigenheim zu sichern (v.a. im ersten Verwandtschaftsgrad)
- Mehr Transparenz bezüglich der Allokation von Steuern

### Zitate von Befragten

*„Ja, dass die Steuererklärung halt vereinfacht werden soll, aber das sagen sie ja immer schon. Dass wir nur noch drei Kreuze machen brauchen.“*

*„Familien sollten einen anderen Steuersatz haben.“*

*„Man kann sich, glaube ich, auch belesen, aber das ist ja manchmal so versteckt mit so vielen keine Ahnung was, dass man gefühlt teilweise Bahnhof versteht. Verständlicher niedergeschrieben, vielleicht verkürzter, aber so, dass man es auch versteht.“*

*„Was wegfallen muss, ist dieser Spitzensteuersatz. Das muss genauso für jeden gelten, wenn du 4.000 Euro verdienst oder 8.000 und nicht bei 6.000 die Kappungsgrenze.“*

*„Steuer hin, Steuer her, aber ich sage, wenn wir die Steuer einnehmen, dann müsste ich aber auch deklarieren, für was ist denn diese Steuer zweckgebunden?“*

*„Ja, wenn ich mir überlege, [...] was der Staat an Panama Papers verdient hat, dann scheint es ja so einen Bedarf an der Kontrolle des Systems zu geben, und das finde ich sehr viel lohnenswerter, als die Steuern für alle zu erhöhen, erst mal sorgen, dass alle auch die Steuern bezahlen.“*

# IHR KONTAKT

---



**Christina Ackermann**  
Research Manager  
+49 151 53233487  
c.ackermann@g-i-m.com



**Dr. Tomas Jerković**  
Senior Research Director  
+49 (0)6221 8328-469  
t.jerkovic@g-i-m.com



**GIM | RELEVANCE COUNTS.**

**GIM | Gesellschaft für  
Innovative Marktforschung mbH**

Goldschmidtstraße 4 - 6  
69115 Heidelberg

[www.g-i-m.com](http://www.g-i-m.com)